

## ***Voranschlag 2006***

***Kantonsratsbeschluss vom 14. Dezember 2005  
KR-Geschäft Nr. SGB 157/2005***

## Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung .....	4
1. Übersicht.....	6
1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen.....	6
1.1.1 Vorgaben der Finanzkommission .....	6
1.1.2 Spitalsteuer wird ab 2006 nicht mehr erhoben .....	6
1.1.3 Teilweise Kompensation der wegfallenden Spitalsteuer (10 Prozent) durch Erhöhung des Steuerfusses der Staatssteuer auf 108 Prozent der ganzen Staatssteuer..	8
1.1.4 Grundstückgewinnsteuer .....	8
1.1.5 Allgemeiner Treibstoffzollanteil und Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA).....	8
1.1.6 Verzinsung Spezialfinanzierungen.....	8
1.1.7 Abschreibungen .....	8
1.1.8 Erhöhung der Teuerungszulage um 1,5952 Indexpunkte auf 107,6915 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte .....	8
1.2 Zum Budgetierungsprozess.....	9
1.2.1 Budgetierungsprozess bis zur Verabschiedung von Botschaft und Entwurf durch den Regierungsrat .....	9
1.2.2 Behandlung von Botschaft und Entwurf in den kantonsrätlichen Kommissionen .....	10
1.2.3 Kantonsratsdebatte vom 13. und 14. Dezember 2005.....	10
1.3 Die definitiven Eckdaten zum Voranschlag 2006 in der Übersicht und im Vergleich zum Voranschlag 2005.....	11
1.3.1 Tabellarische Übersicht und Kommentar.....	11
1.3.2 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag 2005 und Voranschlag 2006.....	12
1.3.3 Die Entwicklung des Besoldungsaufwandes 2005 - 2006 .....	13
1.4 Die Entwicklung der kantonalen Finanzlage.....	14
1.4.1 Tabellarische Darstellung der Entwicklung der Finanzkennzahlen in den Jahren 2002-2006 .....	14
1.4.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen in den Jahren 1984-2006.....	15
1.5 Auswirkungen des Reform- und Sanierungspakets SO+.....	18
2. Globalbudgets.....	20
3. Entwicklung in den einzelnen Departementen.....	23
3.1 Erfolgsrechnung.....	23
3.1.1 Behörden .....	23
3.1.2 Staatskanzlei.....	23
3.1.3 Bau- und Justizdepartement .....	23
3.1.4 Departement für Bildung und Kultur.....	25
3.1.5 Finanzdepartement .....	26
3.1.6 Departement des Innern .....	31
3.1.7 Volkswirtschaftsdepartement .....	34
3.1.8 Gerichte .....	34
3.2 Investitionsrechnung .....	34
3.2.1 Übersicht.....	34
3.2.2 Bau- und Justizdepartement .....	35
3.2.3 Departement für Bildung und Kultur.....	35
3.2.4 Finanzdepartement .....	35
3.2.5 Departement des Innern .....	36
3.2.6 Volkswirtschaftsdepartement .....	36
Beschluss Nr. SGB 157/2005 vom 14. Dezember 2005.....	36



## Kurzfassung

Mit dem Voranschlag 2006 werden folgende zentralen Finanzkennzahlen ausgewiesen:

<b>Finanzkennzahl</b>	<b>Betrag</b>
<u>Erfolgsrechnung</u>	
Cash Flow (Bruttoertragsüberschuss)	90,7 Mio. Fr.
- Abschreibungen auf Investitionen	84,7 Mio. Fr.
= Ergebnis der Erfolgsrechnung (Ertragsüberschuss)	+ 6,0 Mio. Fr.
<u>Investitionsrechnung</u>	
Ausgaben	179,5 Mio. Fr.
- Einnahmen	79,9 Mio. Fr.
= Nettoinvestitionen	99,6 Mio. Fr.
<u>Finanzierung</u>	
Cash Flow (Bruttoertragsüberschuss)	90,7 Mio. Fr.
- Nettoinvestitionen	99,6 Mio. Fr.
= Finanzierungsergebnis (Finanzierungsfehlbetrag)	- 8,9 Mio. Fr.
Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	91%

### - Rahmenbedingungen

Von den unter Abschnitt 1.1 aufgeführten Rahmenbedingungen sind zwei besonders erwähnenswert:

Mit dem Inkrafttreten des Spitalgesetzes per 1. Januar 2006 wird die Spitalsteuer und damit auch die Spezialfinanzierung „Spitalbauten“ aufgehoben. Seit 2001 betrug die Spitalsteuer jeweils 10% der ganzen Staatssteuer. Als Teilkompensation der ab 2006 entfallenden Staatssteuer hat der Kantonsrat einen Zuschlag von 8% zur ganzen Staatssteuer beschlossen. Für den Steuerzahler bedeutet dieser Zuschlag gegenüber den Jahren 2001 bis 2005, als die Spitalsteuer 10% betrug, eine Steuerentlastung im Umfang von 2% der ganzen Staatssteuer.

In diesem Jahr haben die Vertragsparteien erstmals, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Erhöhung der Teuerungszulage verhandelt. Die Verhandlungsführung obliegt gemäss Artikel 10 Buchstabe h GAV der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO). Die GAVKO hat sich in längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Teuerungszulage für das Staatspersonal um 1,5% auf der Basis der im Jahre 2005 ausgerichteten Löhnen ab den 1. Januar 2006 geeinigt. Der Regierungsrat hat diesem, in der GAVKO erzielten Verhandlungsergebnis am 22. August 2005 (RRB Nr. 2005/1761) zugestimmt und die daraus folgenden Mehrkosten von insgesamt rund 11,6 Mio. Franken in sein Budget aufgenommen.

### - Vergleich mit dem Voranschlag 2005

Mit einem Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung von 6 Mio. Franken kann zum zweiten Mal hintereinander bereits im Voranschlag ein positives Ergebnis ausgewiesen werden (Voranschlag 2005: Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken). Der Ertragsüberschuss führt zu einer Reduktion des Bilanzfehlbetrages.

Höher ausgefallen als im Voranschlag 2005 sind die Nettoinvestitionen: Im Voranschlag 2005 belaufen sich diese auf 83 Mio. Franken, im vorliegenden auf 99,6 Mio. Franken. Dies entspricht

einer Zunahme von 16,6 Mio. Franken, wobei zu beachten ist, dass von den 99,6 Mio. Franken Nettoinvestitionen von 20 Mio. Franken für die beiden Gesamtverkehrsprojekte in Solothurn und Olten vorgesehen sind. Ohne diese zwei aussergewöhnlichen Projekte würden die Nettoinvestitionen mit 79,6 Mio. Franken leicht unter dem Voranschlag 2005 liegen.

Tiefer ausgefallen gegenüber dem Voranschlag 2005 ist der Cash Flow: Mit 90,7 Mio. Franken unterschreitet er den Budgetwert aus dem Jahr 2005 um 4,9 Mio. Franken. Höhere Nettoinvestitionen einerseits und tieferer Cash Flow andererseits bewirken eine Senkung des Selbstfinanzierungsgrades gegenüber dem Vorjahr: Er erreicht im Voranschlag 2006 91%, währenddem im Voranschlag 2005 einer von 115% ausgewiesen wird. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100% bedeutet eine Zunahme der Nettoverschuldung. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 91% ist im Jahr 2006 mit einer Erhöhung der Nettoverschuldung in der Höhe von 8,9 Mio. Franken (Finanzierungsfehlbetrag) zu rechnen.

#### **- Vergleich mit den Vorgaben der Finanzkommission**

Trotz intensiven Bemühungen ist es mit dem Voranschlag 2006 nicht gelungen, die Vorgaben der Finanzkommission vollumfänglich zu erfüllen. Der Ertragsüberschuss verfehlt die ehrgeizige Vorgabe der Finanzkommission von 40 Mio. Franken um 34 Mio. Franken, die Nettoinvestitionen übersteigen die Vorgabe der Finanzkommission um rund 10 Mio. Franken (ohne Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten wäre die Nettoinvestitionsvorgabe erfüllt) und der Selbstfinanzierungsgrad erfüllt die Erwartungen der Finanzkommission (130%) ebenfalls nicht.

#### **- Entwicklung der Finanzlage**

Über die letzten 20 Jahre betrachtet, kann der Voranschlag 2006 als überdurchschnittlich gut bezeichnet werden: Zum zweiten Mal hintereinander kann in der Erfolgsrechnung ein Überschuss und damit ein Abbau des Bilanzfehlbetrages budgetiert werden. Nicht ganz zu befriedigen vermag die Selbstfinanzierung: Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 91% ist für das nächste Jahr eine leichte Zunahme der Nettoverschuldung prognostiziert. Relativiert wird diese Aussage durch die Tatsache, dass wieder deutlich mehr investiert werden soll als in den Jahren 2001 bis 2005 und somit Mehrwerte mit langfristigem Nutzen geschaffen werden. Mit 2006 vergleichbar sind die Investitionsvolumen der Jahre 1990 bis 1993 sowie 1997. In diesen Jahren betrug der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad lediglich 81%. Insgesamt scheint es, dass die seit der 2. Hälfte der 90er Jahre und im Jahr 2002 getroffenen Sparbemühungen nun Früchte tragen und eine nachhaltige Sanierung der Staatsfinanzen eingeleitet werden konnte.

Kommt hinzu, dass im Jahr 2005 die 2/3 der Erlöse aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank an die Kantone ausgeschüttet worden sind. Der Anteil des Kantons Solothurn beträgt 475 Mio. Franken. Dies führt noch im Jahr 2005 zu einer sehr starken, nicht budgetierten Verbesserung der wichtigsten Finanzkennzahlen und beeinflusst das Budget 2006 und die folgenden Jahre insofern, dass der Nettozinsaufwand abnimmt (im Jahr 2006 um rund 12 Mio. Franken). Für die Berechnung der voraussichtlichen Nettoverschuldung und des mutmasslichen Bilanzfehlbetrags per Ende 2006 wurde in der Tabelle im Abschnitt 1.4.1 neben dem vom Kantonsrat beschlossenen Voranschlag 2005 eine Spalte „2005, inkl. Golderlös“, bzw. in den Graphiken in Abschnitt 1.4.2 ein Balken „2005Prognose“ eingefügt. Unter Berücksichtigung dieses ausserordentlichen Ertrages kann davon ausgegangen werden, dass sich die Nettoverschuldung per Ende 2006 auf 517,3 Mio. Franken oder 2'070 Franken pro Einwohner belaufen wird. Der Bilanzfehlbetrag dürfte von 543 Mio. Franken per Ende 2004 auf 53,5 Mio. Franken sinken.

Trotz dieser an und für sich guten Aussichten möchte der Regierungsrat an seiner bisherigen und in den letzten Jahren bewährten Finanzpolitik festhalten. Noch ist der Kantonshaushalt nicht saniert und bereits heute werden auf Bundesebene Reformen vorbereitet (insbesondere die Reform der Familien- und Unternehmensbesteuerung), welche auch im Kanton Solothurn zu empfindlichen Einnahmehausfällen führen dürften. Es gilt für die nächsten Jahre, den Weg der

vollkommenen Gesundung der Staatsfinanzen zu Ende zu gehen und sich auf kommende Herausforderungen vorzubereiten.

## 1. Übersicht

### 1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen

Formell richtet sich der Voranschlag 2006 erstmals nach dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1). Dieses Gesetz trat per 1. Januar 2005 in Kraft und löst insbesondere die Finanzhaushaltsverordnung ab, welche mit RRB Nr. 2004/1191 vom 8. Juni 2004 per 31. Dezember 2004 aufgehoben worden ist.

Materiell sind die folgenden Grundlagen und Aufträge von Bedeutung:

#### 1.1.1 Vorgaben der Finanzkommission

Mit Schreiben vom 15. März 2005 teilte die Finanzkommission dem Regierungsrat ihre Vorgaben zum Voranschlag 2006 mit. Sie lauteten:

- Erfolgsrechnung: operativer Überschuss von 40 Mio. Franken;
- Nettoinvestitionen: max. 90 Mio. Franken;
- Selbstfinanzierungsgrad: mindestens 130%.

Mit Schreiben vom 19. April 2005 ersuchte der Regierungsrat die Finanzkommission, auf ihre Vorgaben zurückzukommen, da das Erreichen der Vorgaben angesichts der sich abzeichnenden massiven Kostensteigerungen in einigen wenigen Aufgabengebieten (insbesondere in den Bereichen der inner- und ausserkantonalen Spitalversorgung, der ausserkantonalen Schulgelder und der Staatsbeiträge an die Lehrerbesoldungen der Volksschule) unrealistisch schien. Der Regierungsrat schlug der Finanzkommission folgende Zielgrössen für das Budget 2006 vor:

- Erfolgsrechnung: Operativer Ertragsüberschuss 10 Mio. Franken;
- Nettoinvestitionen: max. 80 Mio. Franken (exkl. die Ausgaben für die beiden Umfahrungsprojekte Solothurn und Olten);
- Selbstfinanzierungsgrad: Die Vorgabe von 130% hat der Regierungsrat im Sinne einer Zielgrösse akzeptiert und sich bereit erklärt, sie im Rahmen seiner Möglichkeiten anzustreben.

An der darauffolgenden Sitzung hat die Finanzkommission beschlossen, an ihren Vorgaben vom 15. März 2005 festzuhalten und bot an, im Herbst 2005 allenfalls die Vorgaben zum Voranschlag neu zu beurteilen, falls sich die Rahmenbedingungen bis dahin erheblich verändern sollten.

#### 1.1.2 Spitalsteuer wird ab 2006 nicht mehr erhoben

Mit Inkrafttreten des vom Kantonsrat am 12. Mai 2004 beschlossenen Spitalgesetzes (RG 112/2003) wird per 1. Januar 2006 die Spitalsteuer und damit auch die Spezialfinanzierung „Spitalbaufonds“ aufgehoben. Gemäss § 15 des Spitalgesetzes beschafft der Kanton die zur Finanzierung seiner Beiträge an die Spitäler notwendigen Mittel aus allgemeinen Staatsmitteln, insbesondere aus den Erträgen der Staatssteuer. Aufgrund dieser Neuregelung der Finanzierung der Spitalausgaben wurde ebenfalls § 5 Absatz 3 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern vom 1. Dezember 1985 (BGS 614.11) geändert: Bis und mit Voranschlag 2005 konnte der Kantonsrat in eigener Kompetenz, ohne Volksabstimmung, lediglich Zuschläge von bis zu 10% der ganzen Staatssteuer beschliessen. Mit der Aufhebung der Spitalsteuer wurde in den Übergangsbestimmungen zum Spitalgesetz dieser Paragraph dahingehend geändert, dass der Kantonsrat neu Zuschläge bis zu 20% der ganzen Staatssteuer in eigener Kompetenz

alljährlich mit der Feststellung des Voranschlages beschliessen kann. Damit bleibt der Handlungsspielraum des Kantonsrates erhalten. Die zusätzliche Kompetenz in der Höhe von 10% der ganzen Staatssteuer entspricht der Spitalsteuer, wie sie in den Jahren 2001 bis 2005 erhoben worden ist.

### 1.1.3 Teilweise Kompensation der wegfallenden Spitalsteuer (10 Prozent) durch Erhöhung des Steuerfusses der Staatssteuer auf 108 Prozent der ganzen Staatssteuer

Die stark steigenden Kosten im Bereich der Spitalversorgung erfordern, dass die mit dem Spitalgesetz aufgehobene Spitalsteuer im Jahr 2006 durch eine Erhöhung des Steuerfusses für die Staatssteuer teilweise kompensiert wird. In seiner Botschaft hat der Regierungsrat dem Kantonsrat ursprünglich – vor dem Hintergrund der ambitionierten Vorgaben der Finanzkommission – einen Zuschlag von 10% beantragt. Damit hat er dem Kantonsrat einen Steuerfuss beantragt, welcher insgesamt im Rahmen der Vorjahre (Staatssteuer 100%, Spitalsteuer 10%) lag und der die gesetzlichen Kompetenzen des Kantonsrates nicht voll ausschöpft.

Bereits in der parlamentarischen Vorberatung des Geschäftes hat die Finanzkommission aber im Einverständnis mit dem Regierungsrat einen Zuschlag von lediglich 8 Prozent dem Plenum beantragt und damit eine noch grössere Abweichung von ihren ursprünglichen Budgetvorgaben gebilligt. Der Kantonsrat ist dem Antrag der Finanzkommission in der Budgetberatungssession im Dezember 2005 gefolgt. Dieser Budgetentscheid des Kantonsrates bewirkte eine Verschlechterung der Erfolgsrechnung gegenüber der regierungsrätlichen Version in der Höhe von rund 11,6 Mio. Franken. Für die Steuerzahler bedeutet dies gegenüber den Jahren 2001 bis 2005 eine Steuerentlastung von 2% der ganzen Staatssteuer.

### 1.1.4 Grundstückgewinnsteuer

Aus dem Ertrag der 2006 eingehenden Grundstückgewinnsteuern legen der Kanton und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden wie in den Vorjahren je 10 % in die Spezialfinanzierung „Natur- und Heimatschutz“ ein (je 441'800 Franken).

### 1.1.5 Allgemeiner Treibstoffzollanteil und Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)

Vom allgemeinen Treibstoffzollanteil von rund 10,1 Mio. Franken wird die eine Hälfte der allgemeinen Staatsrechnung, die andere Hälfte dem Strassenbaufonds zugewiesen.

Die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von rund 9,9 Mio. Franken wird vollumfänglich dem Strassenbaufonds zugewiesen.

### 1.1.6 Verzinsung Spezialfinanzierungen

Im Voranschlag 2006 wird erneut als zeitlich befristete Massnahme auf die Verzinsung der Eigenkapitalien der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt. Dadurch wird die Erfolgsrechnung um rund 1 Mio. Franken entlastet.

### 1.1.7 Abschreibungen

Die Abschreibungen auf den Investitionen sind mit 10 % auf dem Verwaltungsvermögen und 100 % auf den Spezialfinanzierungen (insbesondere Strassenbau) budgetiert.

### 1.1.8 Erhöhung der Teuerungszulage um 1,5952 Indexpunkte auf 107,6915 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte

Am 1. Januar 2005 ist der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vom 25. Oktober 2004 für das gesamte Staatspersonal – also für das voll- und teilzeitlich beschäftigte Personal der kantonalen Verwaltung, der Gerichte, der kantonalen Schulen, der kantonalen Anstalten, des kantonalen

Polizeikorps, der Spitäler, der Zentralbibliothek sowie für die Lehrpersonen der Volksschule und der kommunalen Kindergärten (ohne Musikschullehrpersonen) in Kraft getreten.

Nach Artikel 17 GAV führen die Vertragsparteien jährlich Verhandlungen über Lohnanpassungen (Teuerungszulage auf dem Lohn und auf den Lohnnebenleistungen sowie Reallohnentwicklung). Die jährliche Verhandlungen über die Lohnentwicklung gehört nach Art. 10 Buchstabe h GAV zu den Aufgaben der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO), die aus je sieben Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite besteht.

Die GAVKO hat sich in längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Teuerungszulage für das Staatspersonal um 1,5% auf der Basis der im Jahre 2005 ausgerichteten Löhnen ab dem 1. Januar 2006 geeinigt. Die Teuerungszulage für das Staatspersonal und die Lehrkräfte an den Volksschulen (Artikel 5, Absätze 1 und 2, GAV) soll somit gemäss der GAVKO ab 1. Januar 2006 um 1,5915 Indexpunkte erhöhet werden. Die Besoldungen sollen auf 107,6915 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte, ausgeglichen werden.

Der Regierungsrat hat diesem, in der GAVKO erzielten Verhandlungsergebnis am 22. August 2005 (RRB Nr. 2005/1761) abschliessend zugestimmt und das Amt für Finanzen beauftragt, die dadurch insgesamt verursachten Mehrkosten von rund 11,6 Mio. Franken (Erhöhung Besoldungen, Sozialversicherungsbeiträge, Betriebsbeiträge, Lehrerbesoldungssubventionen etc.) in den Voranschlag 2006 aufzunehmen. In dem Kantonsrat vom Regierungsrat im September 2005 unterbreiteten Budget waren somit die durch die Erhöhung der Teuerungszulage bedingten Mehrkosten bereits enthalten.

## 1.2 Zum Budgetierungsprozess

### 1.2.1 Budgetierungsprozess bis zur Verabschiedung von Botschaft und Entwurf durch den Regierungsrat

Die oben angefuhrten Vorgaben der Finanzkommission vom 15. März 2005 dienten als Basis für die Eröffnung des Budgetprozesses anfangs April 2005. Das Amt für Finanzen erarbeitete aufgrund der Rechnungsergebnisse 2003 und 2004, des Voranschlags 2005 sowie der Finanzprognosen 2006 nach erfolgter Rücksprache mit den Departementen ein „Richtbudget“, welches Mitte April 2005 den Departementen zur Überarbeitung abgegeben worden ist. Da sich bereits vor Anfang April eine deutliche Verschlechterung gegenüber den Rechnungsergebnissen 2003 und 2004 sowie gegenüber dem Voranschlag 2005 abzeichnete, startete der Regierungsrat den Budgetprozess am 19. April 2005 gleich mit Budgetvorgaben, welche sowohl die Erfolgs- wie auch die Investitionsrechnung betrafen.

Das Ergebnis der ersten Eingaben der Departemente verfehlte die Vorgaben der Finanzkommission deutlich. Zu diesem Zeitpunkt, per Ende Mai 2005, betrug das operative Defizit in der Erfolgsrechnung 39,5 Mio. Franken und der Selbstfinanzierungsgrad 44% bei Nettoinvestitionen in der Hohة von rund 107 Mio. Franken.

In der Folge musste erneut während der Frühsummer- und Sommermonate 2005 ein langwieriger Budgetierungsprozess durchgeführt werden. Trotz intensiven Bemühungen ist es aber nicht gelungen, die Vorgaben der Finanzkommission bis zur Verabschiedung des Budgets durch den Regierungsrat vollumfänglich zu erfüllen.

- Operativer Ertragsüberschuss: Mit einem operativen Ertragsüberschuss von 17,1 Mio. Franken wurde die Vorgabe der Finanzkommission um rund 23 Mio. Franken verfehlt.
- Nettoinvestitionen: Die Nettoinvestitionen erreichten 100,5 Mio. Franken (Vorgabe Finanzkommission: max. 90 Mio. Franken). Die Vorgabe konnte als erfüllt bzw. sogar unterschritten betrachtet werden, wenn von den Nettoinvestitionen die Nettoausgaben für die Umfahrungsprojekte in Solothurn und Olten in der Hohة von rund 20 Mio. Franken

subtrahiert werden. Ohne diese Umfahrungsprojekte betragen die Nettoinvestitionen 80,5 Mio. Franken.

- Selbstfinanzierungsgrad: Die Vorgabe der Finanzkommission zum Selbstfinanzierungsgrad (mindestens 130%) hingegen konnte mit 102 % definitiv nicht erfüllt werden. Das Nichterreichen dieser Vorgabe ist insbesondere auf folgende zwei Umstände zurückzuführen: Erstens sind die Nettoinvestitionen aufgrund des Planungsfortschrittes bei den Umfahrungsprojekten Solothurn und Olten im Voranschlag 2006 deutlich höher als noch im Voranschlag 2005 (Voranschlag 2006: 100,5 Mio. Franken; Voranschlag 2005: 83 Mio. Franken) und die Spitalbauten werden nicht mehr spezialfinanziert, was wiederum bedeutet, dass lediglich 10% und nicht mehr 100% der Neuinvestitionen in diesem Bereich abgeschrieben werden. Die verminderte Abschreibung schmälert die Selbstfinanzierung.

### 1.2.2 Behandlung von Botschaft und Entwurf in den kantonsrätlichen Kommissionen

Nach der Verabschiedung des Voranschlages durch den Regierungsrat am 6. September 2005 wurde die Vorlage in den kantonsrätlichen Sachkommissionen und der Finanzkommission beraten. Zu diesem Budget gab es keine Differenzen zwischen den Anträgen der Sachkommissionen und den Anträgen der Finanzkommission.

Ebenfalls behandelt wurde der vom Regierungsrat am 31. Oktober 2005 verabschiedete Budgetnachtrag zuhanden der Finanzkommission. Per Saldo führte dieser Nachtrag zu einer Verbesserung gegenüber dem Stand der Verabschiedung von Botschaft und Entwurf durch den Regierungsrat von 0,7 Mio. Franken in der Erfolgsrechnung (Ertragsüberschuss neu: 17,8 Mio. Franken und von 0,9 Mio. Franken in der Investitionsrechnung (Nettoinvestitionen neu: 99,6 Mio. Franken). Der Selbstfinanzierungsgrad erhöhte sich leicht von 102 auf 103%.

Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 23. November 2005 dem Budgetnachtrag des Regierungsrates zugestimmt und die entsprechenden Positionen in ihren Antrag an den Kantonsrat übernommen. Zusätzlich beantragte sie dem Kantonsrat, den im regierungsrätlichen Entwurf vorgesehenen Zuschlag zur ganzen Staatssteuer von 10% (Kompensation der ab 1. Januar 2006 wegfallenden Spitalsteuer) auf 8% zu kürzen. Dadurch verminderte sich der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von 17,8 auf 6,2 Mio. Franken und der Selbstfinanzierungsgrad erreichte noch 91%.

### 1.2.3 Kantonsratsdebatte vom 13. und 14. Dezember 2005

Der Kantonsrat stimmte dem Antrag der Finanzkommission mit einer Ausnahme zu: Die Streichung des Beitrages an die Tourismusförderung in der Höhe von 200'000 Franken (Koko+-Massnahme) wurde vom Kantonsrat grossmehrheitlich abgelehnt.

### 1.3 Die definitiven Eckdaten zum Voranschlag 2006 in der Übersicht und im Vergleich zum Voranschlag 2005

#### 1.3.1 Tabellarische Übersicht und Kommentar

<b>Kennzahlen (Beträge in Mio. Fr.)</b>	<b>V'2005</b>	<b>V'2006</b>	<b>Differenz</b>
<u>Erfolgsrechnung:</u>			
Ertrag	1'474,6	1'565,2	+ 90,6
- Aufwand ohne Abschreibungen	- 1'379,0	- 1'474,5	- 95,5
<b>= Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)</b>	<b>95,6</b>	<b>90,7</b>	<b>- 4,9</b>
<b>- Abschreibungen</b>	<b>- 87,1</b>	<b>- 84,7</b>	<b>+ 2,4</b>
davon auf: Verwaltungsvermögen	29,9	31,5	+ 1,6
Spezialfinanzierungen	57,2	53,2	- 4,0
<b>= Operatives Ergebnis</b>	<b>+ 8,5</b>	<b>+ 6,0</b>	<b>- 2,5</b>
<u>Investitionsrechnung:</u>			
Ausgaben	144,6	179,5	+ 34,9
- Einnahmen	- 61,6	- 79,9	- 18,3
<b>= Nettoinvestitionen</b>	<b>83,0</b>	<b>99,6</b>	<b>+ 16,6</b>
<u>Finanzierung:</u>			
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	95,6	90,7	- 4,9
- Nettoinvestitionen	- 83,0	- 99,6	- 16,6
<b>= Operatives Finanzierungsergebnis</b>	<b>+ 12,6</b>	<b>- 8,9</b>	<b>- 21,5</b>
<b>Selbstfinanzierungsgrad (Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)</b>	<b>115%</b>	<b>91%</b>	<b>- 24%</b>

Gestützt auf die obige Tabelle kann festgehalten werden, dass der Voranschlag 2006 bezüglich der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und dem Selbstfinanzierungsgrad geringfügig schlechter ausfällt als der Voranschlag 2005:

- Mit 6 Mio. Franken unterschreitet der Ertragsüberschuss im Voranschlag 2006 denjenigen im Voranschlag 2005 um 2,5 Mio. Franken. Dennoch kann damit zum zweiten Mal hintereinander ein Voranschlag mit einer positiven Erfolgsrechnung präsentiert werden. Ein Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung des Voranschlags bedeutet, dass der per Ende 2005 bestehende Bilanzfehlbetrag voraussichtlich im Jahr 2006 weiter abgebaut werden kann.
- Der Cash Flow (Bruttoertragsüberschuss der Erfolgsrechnung) liegt um 4,9 Mio. Franken unter dem Wert des Budgets 2005 und erreicht im vorliegenden Budget 90,7 Mio. Franken.
- Der im Vergleich zum Voranschlag 2005 geringere Cash Flow führt zusammen mit dem um 16,6 Mio. Franken höheren Nettoinvestitionsniveau (Nettoinvestitionen 2005: 83 Mio. Franken, 2006: 99,6 Mio. Franken) zu einem Rückgang des Selbstfinanzierungsgrades von 115 auf 91% und liegt damit erstmals seit 2001 wieder unter der 100 Prozent-Marke. Somit können im Jahr 2006 nicht alle Investitionen selbstfinanziert werden, es resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von 8,9 Mio. Franken (Budget 2005: Finanzierungsüberschuss von 12,6 Mio. Franken). Die Nettoverschuldung erhöht sich im Umfang des Finanzierungsfehlbetrages.

### 1.3.2 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag 2005 und Voranschlag 2006

Die grössten Abweichungen (Abweichungen von mehr als 1 Mio. Franken) zwischen Voranschlag 2005 und Voranschlag 2006 sind bei folgenden Positionen (ohne durchlaufende Beiträge und Spezialfinanzierungen) zu verzeichnen:

<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>In Mio. Fr.</b>
<b>Mehraufwand</b> (Defizit-erhöhende Abweichung)	
- Abschreibungen Hochbauamt	1,6
- Schulgelder (Tariferhöhung Universitätsvereinbarung)	1,9
- Staatsanteile an Besoldungen von Lehrkräften (inkl. TZ von 1,5 Mio. Franken)	7,5
- Fachhochschulen (umfasst FHNW inkl. neu päd. Fachhochschule, spezielle Aufträge des Kantons an die FHNW, Rückgang der Schulgelder von 5 Mio. Franken, höher budgetierter Overhead von 1,4 Mio. Franken und im Gegensatz zum Voranschlag 2005 ist keine Reservenauflösung vorgesehen)	10,7
- Betriebsbeiträge an Spitäler (inkl. TZ von 4,3 Mio. Franken und interne Verrechnung der Miete von 32 Mio. Franken)	44,6
- KVG (netto, ohne Verwaltungskosten)	1,7
- Ergänzungsleistungen und Sozialversicherungen AHV/IV (netto)	12,3
- Teuerungszulage 2006 (exkl. Sozialleistungen + Staatsbeiträge)	4,6
- Sozialleistungen	8,5
- 2006 gegenüber 2005 geringerer freiwilliger Verzicht auf GB-Reserven	3,5
<b>Minderaufwand</b> (Defizit-senkende Abweichung)	
- Öffentlicher Verkehr	1,4
- Zinsendienst	6,4
<b>Mehrertrag</b> (Defizit-senkende Abweichung)	
- Staatssteuern (erfolgswirksam für allg. Staatsrechnung)	43,1
- Bundesanteile	14,3
- Vermögenserträge	4,3
- Mieten Fachhochschulen und Spitäler	32,9
<b>Minderertrag</b> (Defizit-erhöhende Abweichung)	
Rückerstattungen Gebäudeunterhalt	3,7
Erlös aus veräussertem Grundeigentum	5,5

Obige Tabelle weist aus, dass bei den Aufwand- und Ertragsposten, welche vom Voranschlag 2005 zum Voranschlag 2006 die grössten Änderungen erfahren, die defizit-erhöhenden Abweichungen die defizit-senkenden Abweichungen um 3,7 Mio. Franken übersteigen. Dies entspricht beinahe der Differenz zwischen dem operativen Ergebnis im Voranschlag 2006 (+ 6,0 Mio. Fr.) und dem operativen Ergebnis im Voranschlag 2005 (+ 8,5 Mio. Fr.).

Für detaillierte Erklärungen der auffälligen Anstiege der Staatssteuern und der Betriebsbeiträge an die solothurnischen Spitäler verweisen wir auf die Abschnitte 3.1.5, Buchstabe b und 3.1.6, Buchstabe c.

## 1.3.3 Die Entwicklung des Besoldungsaufwandes 2005 - 2006

Die folgende Tabelle orientiert über den Besoldungsaufwand (brutto) für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, der kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte.

<b>Departement</b>	<b>Voranschlag 2005</b>	<b>Voranschlag 2006</b>	<b>Differenz in Fr.</b>	<b>Differenz in %</b>
Behörden	2'225'200	2'200'909	- 24'291	- 1,1
Staatskanzlei	2'690'600	2'670'262	- 20'338	- 0,8
Bau und Justiz	35'372'800	35'762'109	389'309	1,1
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	61'607'900	65'216'421	3'608'521	5,9
- Verwaltungspersonal	18'297'500	23'178'247	4'880'747	26,7
Finanz	45'148'300	50'544'441	5'396'141	11,9
- Mehrkosten GAV (ohne Spitäler, Polizei, Lehrersubventionen)	2'800'000	0	- 2'800'000	- 100,0
Inneres				
- Verwaltungspersonal	41'811'700	32'935'130	- 8'876'570	- 21,2
- Polizei	38'934'900	39'948'580	1'013'680	2,6
Volkswirtschaft	26'168'200	29'438'103	3'269'903	12,5
Gerichte				
- Richter	4'330'200	4'226'205	- 103'995	- 2,4
- Verwaltungspersonal	7'782'400	8'236'143	453'743	5,8
<b>Total</b>	<b>287'169'700</b>	<b>294'356'550</b>	<b>7'186'850</b>	<b>2,5</b>

Beim Vergleich der Voranschläge 2005 und 2006 ist v.a. Folgendes zu beachten:

- Der Voranschlag 2006 enthält eine Erhöhung der Teuerungszulage um 1,5915 Indexpunkte. Die Besoldungen sollen auf 107,6915 Punkte nach dem Landesindex der Konsumentenpreise, Basis Index Mai 1993 = 100 Punkte, ausgeglichen werden. Dies führt zu einer Erhöhung der Besoldungskosten der Zentralverwaltung von 4,6 Mio. Franken. Insgesamt betragen die teuerungsbedingten Mehrkosten für den Kanton 11,6 Mio. Franken.
- Bis zum 31.12.2005 war die Höhere Fachschule für Technik (HFT) Bestandteil der Fachhochschule Solothurn an welche der Kanton einen Staatsbeitrag leistete (Kostenart 363000). Nach der Ueberführung der HFT ins Berufsbildungszentrum Solothurn-Grenchen werden sämtliche Aufwendungen und Erträge kostenartengerecht verbucht. Dies führt u.a. zu entsprechenden Zunahmen auch auf den Besoldungskonti.
- Die Abnahme beim Verwaltungspersonal des Departementes des Innern und die Zunahme beim Volkswirtschaftsdepartement ist insbesondere auf die Bildung des neuen Amtes für Gemeinden und die damit zusammenhängende Personalverschiebung zurückzuführen.
- Die Überführung des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe vom Departement des Innern in das Departement für Bildung und Kultur führt zu entsprechenden Besoldungsabnahmen bzw. -zunahmen
- Der LEBO von 2,5 % der Besoldungen wird neu zentral im Budget des Amtes für Finanzen geführt und als interne Verrechnung den einzelnen Dienststellen belastet. Dies führt beim Amt für Finanzen zu einer Zunahme der Besoldungskosten von 5,2 Mio. Franken.
- Die Zunahme beim Verwaltungspersonal der Gerichte ist eine direkte Folge der Bildung der neuen Gerichtsverwaltung inklusive der zentralen Gerichtskasse, die bisher dem BJD zugeordnet war.

Insgesamt ist eine Zunahme der Besoldungskosten gegenüber dem Vorjahresbudget um 7'186'850 Franken oder 2,5 % festzustellen.

## 1.4 Die Entwicklung der kantonalen Finanzlage

### 1.4.1 Tabellarische Darstellung der Entwicklung der Finanzkennzahlen in den Jahren 2002-2006

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2002-2004 sowie der Voranschläge 2005 und 2006. Für das Jahr 2005 haben wir noch eine Spalte „2005, inkl. Golderlös“ eingefügt. Der Grund für diese Ergänzung sind die a.o. Mittelzuflüsse in der Höhe von rund 475 Mio. Franken aus dem Erlös der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank, welche im geltenden Voranschlag 2005 nicht budgetiert waren, aber deren Ausschüttung zwischenzeitlich erfolgt ist. Die Prognose der Finanzkennzahlen für das Jahr 2006 basiert dann auf dieser zusätzlich eingefügten Spalte. Andernfalls würde sich bei den Finanzkennzahlen für das Jahr 2006 ein falsches Bild ergeben.

<b>Kennzahlen</b> (in Mio. Fr. bzw. %)	<b>2002</b> Rechnung	<b>2003</b> Rechnung	<b>2004</b> Rechnung	<b>2005</b> Voranschlag	<b>2005</b> (inkl. Golderlös)	<b>2006</b> Voranschlag
Cash Flow	71,6	127,7	129,3	95,6	95,6	90,7
Abschreibungen auf Investitionen	81,1	90,9	81,7	87,1	87,1	84,7
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	-9,5	+36,7	+47,6	+8,5	+8,5	+6,0
Bilanzbereinigung			44,0			
Erlös aus Verkauf Goldreserven (a.o. Ertrag)					475,0	
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-9,5	+36,7	+91,6	+8,5	+ 483,5	+6,0
Netto-Investitionen	71,4	103,0	81,2	83,0	83,0	99,6
Operatives Finanzierungsergebnis	+0,3	+24,7	+48,1	+12,6	+12,6	-8,9
Effektives Finanzierungsergebnis	+0,3	+24,7	+42,8	+12,6	+487,6	-8,9
Selbstfinanzierungsgrad in %	100,4	123,9	159,2	115,2	115,2	91,1
Gesamtabschreibungssatz in %	22,6	25,3	23,4	24,6	24,6	23,1
Nettoverschuldung*	1'063,5	1'038,8	996,0	983,4	508,4	517,3
Dito, in Fr. pro Einwohner*	4'280	4'170	3'990	3'940	2'030	2'070
Nettozinsaufwand total	36,9	35,9	32,1	34,6	34,6	23,2
Dito, in % der Staatssteuern	5,8	5,1	4,8	5,1	5,1	3,4
Bilanzfehlbetrag*	671,3	634,6	543,0	534,5	59,5	53,5
Einwohner per Ende Jahr (Schätzung für 2005 und 2006)	248'332	249'113	249'710	250'000	250'000	250'000

\* Zahlen im Voranschlag 2005 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2004 aktualisiert.

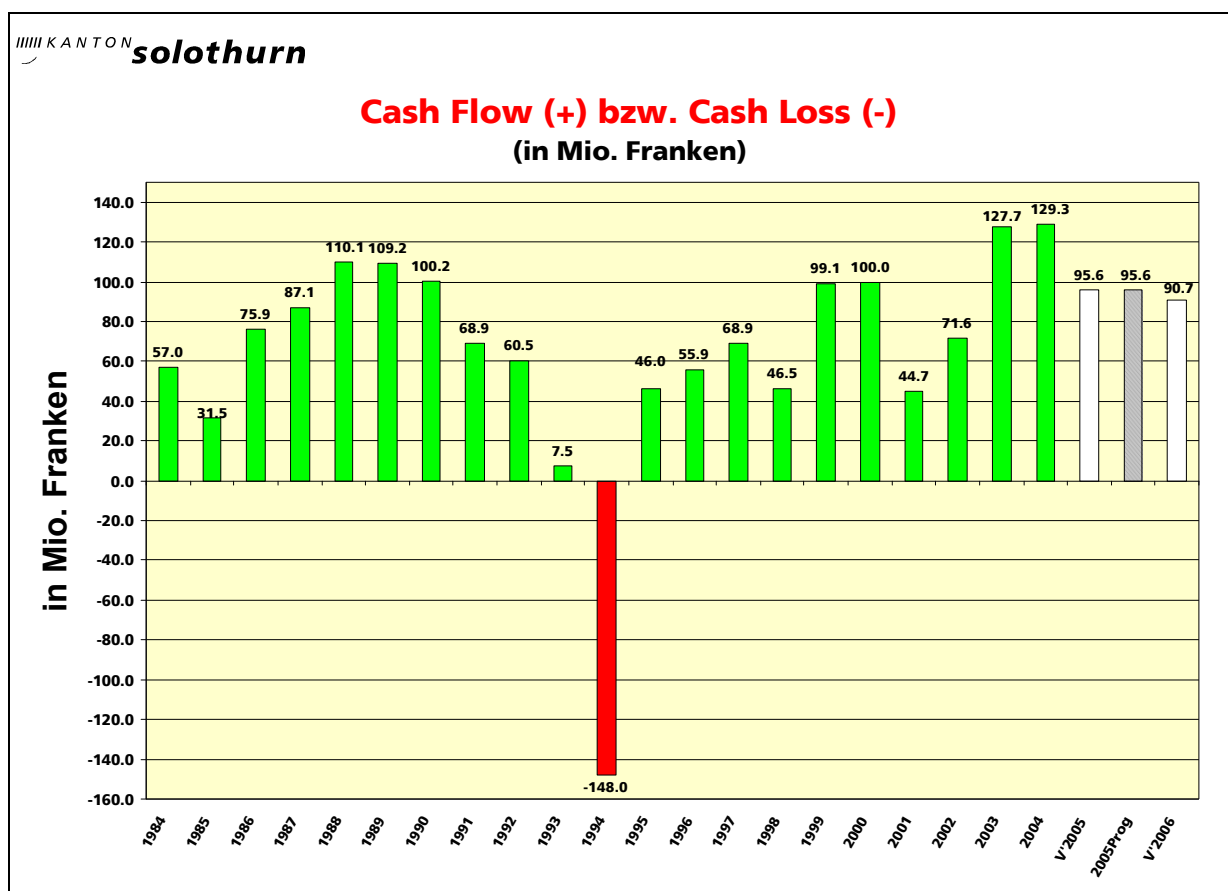
Per Ende 2006 wird die Nettoverschuldung voraussichtlich rund eine halbe Milliarde Franken oder 2'070 Franken pro Einwohner betragen. Der Bilanzfehlbetrag sinkt gemäss der Budgetprognose auf rund 53,5 Mio. Franken.

Die obigen Kennzahlen zeigen, dass sich die seit 1999 abzeichnende Stabilisierung der kantonalen Finanzlage auch im Jahr 2006 fortsetzt. Zum zweiten Mal hintereinander kann bereits im Voranschlag ein Abbau des Bilanzfehlbetrages in Betracht gezogen werden. Es scheint, dass sich der insbesondere seit dem Rechnungsjahr 2003 abzeichnende positive Trend fortsetzt.

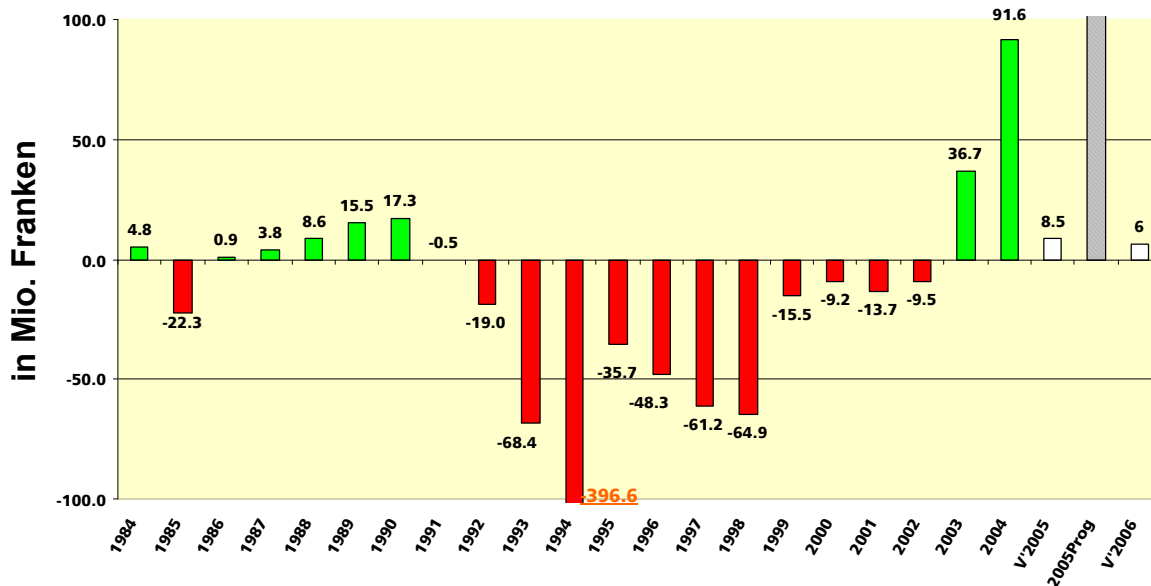
Die Stabilisierung der Finanzlage ist im Wesentlichen auf die bisher erfolgreich durchgeführten und noch geplanten Sanierungsmassnahmen (zwei Sanierungspakete 98/1, 98/2 und strukturelle Massnahmen 99; SO+), sowie auf den im Jahr 2006 nach wie vor als relativ gut prognostizierten Steuerertrag und den anhaltenden Sparwillen zurückzuführen.

Für die Gewinnung von finanzpolitischem Handlungsspielraum und für den dringend notwendigen weiteren substanziellen Abbau der Verschuldung muss der bewährte Sanierungskurs weitergeführt werden. Insbesondere gilt es, die im Sanierungspaket SO+ beschlossenen Massnahmen möglichst vollständig und termingerecht umzusetzen (vgl. dazu Abschnitt 1.5).

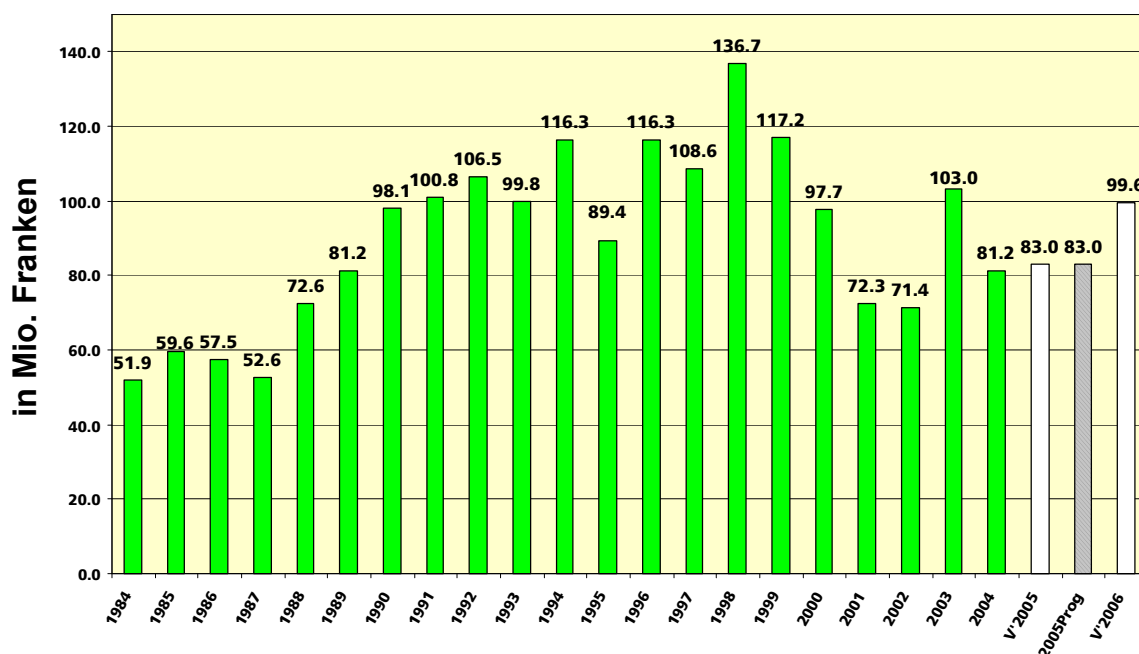
#### 1.4.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen in den Jahren 1984-2006

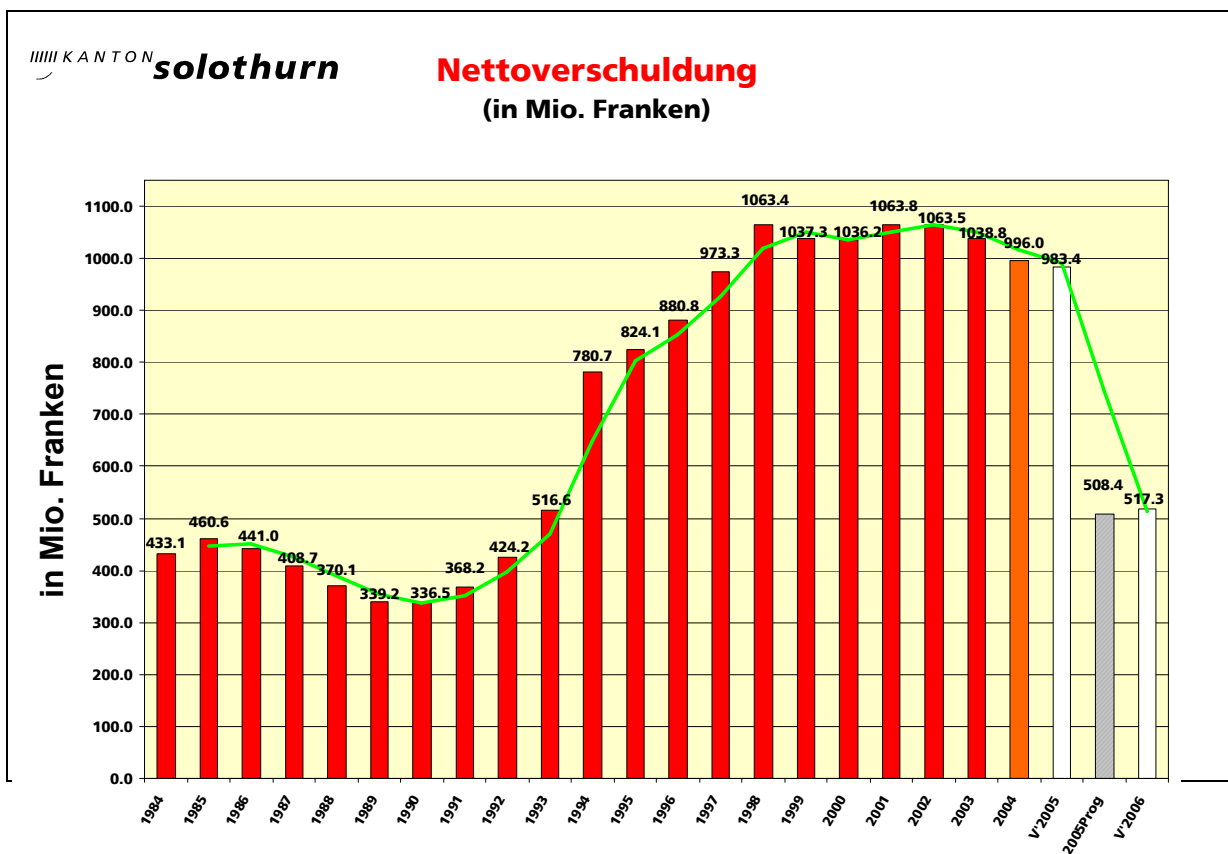
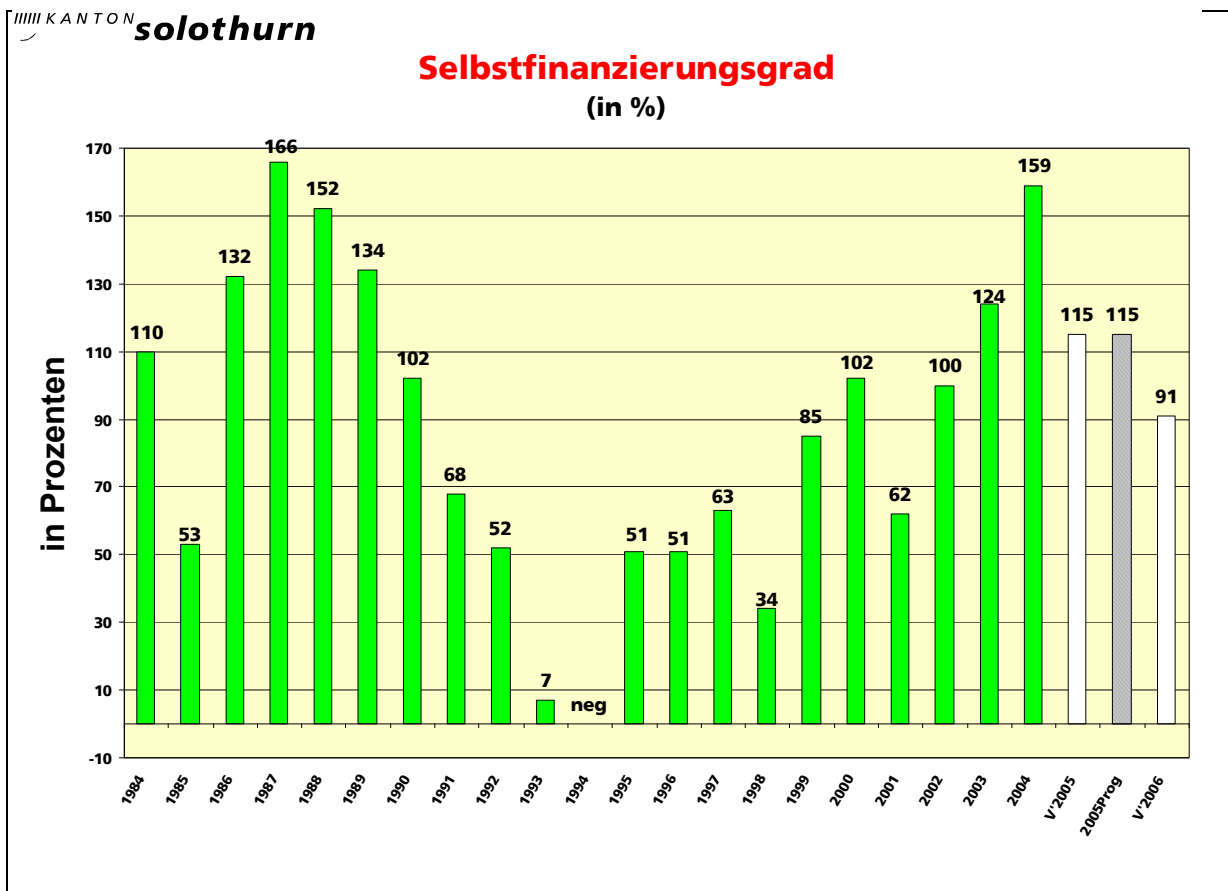


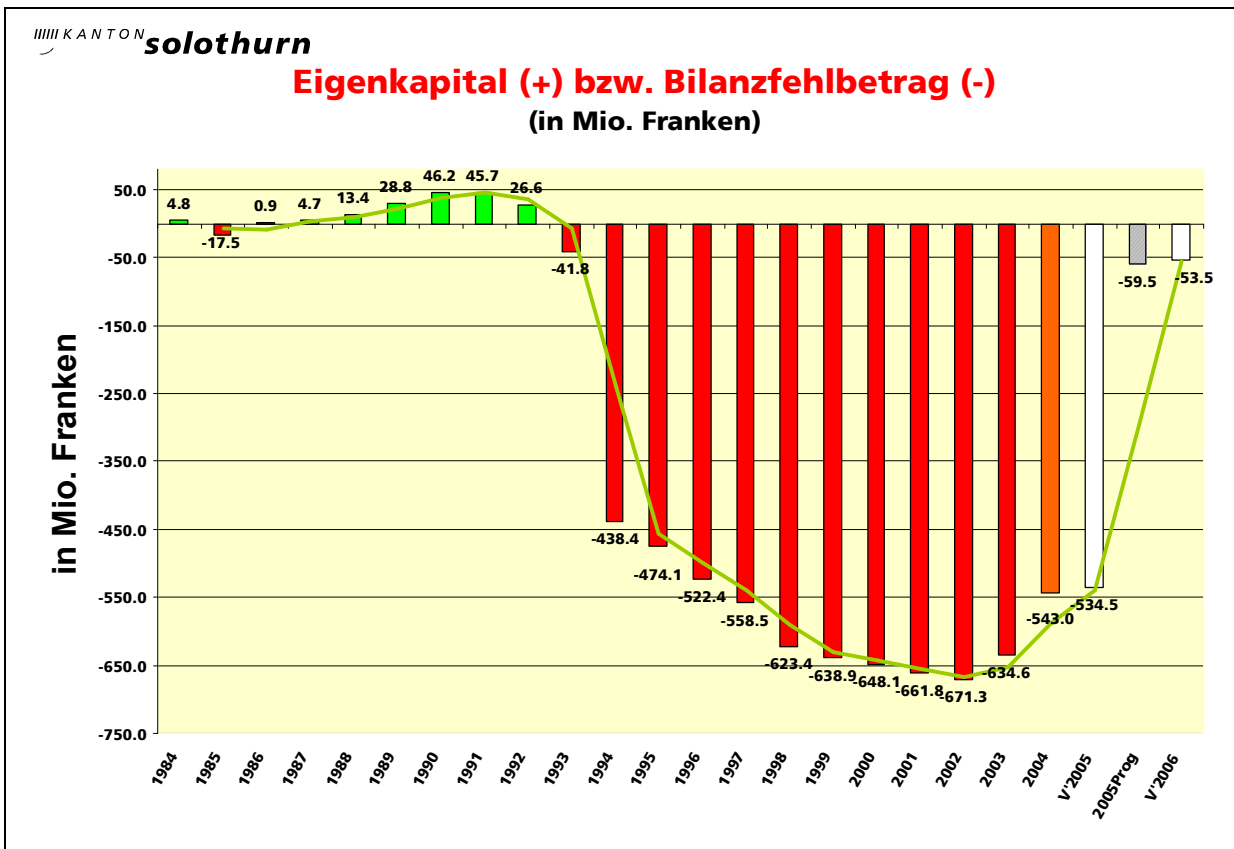
**Aufwand- bzw. Ertragsüberschüsse**  
(ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag, in Mio. Franken)



**Nettoinvestitionen**  
(in Mio. Franken)







### 1.5 Auswirkungen des Reform- und Sanierungspakets SO+

Im Jahr 2000 hat sich der Regierungsrat für eine Reformstrategie, das Projekt SO+, entschieden, die dem Kanton in mehrfacher Hinsicht eine positive Perspektive eröffnen soll. Die Strukturen in der kantonalen Verwaltung, in den Schulen und bei den Gerichten sollen so angepasst werden, dass die wichtigen Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erfüllt werden können. Ein Expertenteam legte im Mai einen Bericht mit 62 Massnahmen vor. Diese Massnahmen wurden im Juni 2000 am „Runden Tisch“ von Vertretern der Parteien und anderen interessierten Organisationen eingehend diskutiert.

Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat anlässlich einer Sondersession im September 2000 60 Massnahmen mit einem Einsparpotenzial von insgesamt 147,5 Mio. Franken. Der Kantonsrat hat 10 Massnahmen gestrichen und den Verpflichtungskredit für Restrukturierungskosten um 10 % von 5,2 auf 4,7 Mio. Franken gekürzt (KRB Nr. 117/2000 vom 27. September 2000). Die verbleibenden 50 Massnahmen vereinigten noch ein kumuliertes Sanierungspotenzial von 95,8 Mio. Franken auf sich, realisierbar bis 2008.

Im Controllingbericht zum Stand der Umsetzung der SO+-Massnahmen per 31. Dezember 2004, RRB Nr. 2005/721 vom 22. März 2005, wurde das Sanierungspotenzial aufgrund der aktuellen Datenlage neu geschätzt. In diesem Bericht wird das Sanierungspotenzial bis Ende Projektperiode noch auf 75,2 Mio. Franken prognostiziert (realisiert bis Ende 2004: 61,4 Mio. Franken).

Für das Jahr 2006 sollten gemäss dem SO+-Controllingbericht gegenüber dem Jahr 2005 zusätzliche Verbesserungen im Umfang von 3,2 Mio. Franken resultieren. Die Verbesserung sollte schwergewichtig die SO+-Massnahmen 43, Verselbständigung Spitäler (Potenzialveränderung 2005/2006: 2 Mio. Franken) und 45, Neues Entschädigungssystem für Chef- und Leitende Ärzte (Potenzialveränderung 2005/2006: 1 Mio. Franken), bewirken. Die Massnahme 43 ist im vorliegenden Budget berücksichtigt, die Massnahme 45 hingegen nicht. Das zuständige Departement des Innern gab zuhanden des Controllingberichtes folgenden Kommentar zur Massnahme 45 ab: „Die Wiederaufnahme der Verhandlungen bleibt vorderhand sistiert, da von anderen Kantonen noch keine neuen Entschädigungsmodelle vorliegen. Es ist nach heutigem Stand nicht davon auszugehen, dass mit dieser Massnahme wirklich Kosten gesenkt werden können“.

## 2. Globalbudgets

Im Voranschlag 2006 sind Globalbudgets für folgende Aufgaben enthalten:

<b>Neue Bezeichnung Globalbudget</b> (aufgabenbezogen)	<b>Alte Bezeichnung Globalbudget</b> (dienststellenbezogen)
Behörden	Behörden
- Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	- Parlamentsdienste
Staatskanzlei	Staatskanzlei
- Dienstleistungen der Staatskanzlei - Drucksachen/Lehrmittelverlag	- Staatskanzlei - Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag
Bau- und Justizdepartement	Bau- und Justizdepartement
- Führungsunterstützung BJD - Raumplanung - Hochbau - Strassenbau - Öffentlicher Verkehr - Umwelt - Denkmalpflege und Archäologie - Geoinformationen - Jugendanwaltschaft	- Departementssekretariat BJD - Amt für Raumplanung - Hochbauamt - Amt für Verkehr und Tiefbau - Amt für Verkehr und Tiefbau - Amt für Umwelt - Amt für Denkmalpflege und Archäologie - Amt für Geoinformation - Neu ab 1.1.2006; umfasst die Dienstleistungen der Jugendanwaltschaft
Departement für Bildung und Kultur	Departement für Bildung und Kultur
- Führungsunterstützung DBK - Volksschulen und Kindergarten - Berufsbildung und Berufs- und Studienberatung - Kultur und Sport - Übergeordnete Führung und Koordination der Mittel- und Hochschulen - Mittelschulbildung - Fachhochschulbildung  - Berufsschulbildung - Berufsbildung im Gesundheitsbereich	- Departementssekretariat DBK - Amt für Volksschulen und Kindergarten - Amt für Berufsbildung und Berufsberatung - Amt für Kultur und Sport - Amt für Mittel- und Hochschulen  - Mittelschulen - Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn inkl. Pädagogische Fachhochschule - Berufsbildungszentren - Bildungszentrum für Gesundheitsberufe
Finanzdepartement	Finanzdepartement
- Führungsunterstützung Finanzdepartement - Haushaltsmanagement, Controlling, Finanzausgleich Gemeinden und Statistik - Personalwesen - Steuerwesen - Informationstechnologie - Staatsaufsichtswesen - Amtschreiberei-Dienstleistungen - Aufsicht über die Amtschreiberei-Dienstleistungen	- Departementssekretariat FD - Amt für Finanzen  - Personalamt - Kantonales Steueramt - Amt für Informatik und Organisation - Kantonale Finanzkontrolle - Amtschreibereien - Amtschreibereinspektorat
Departement des Innern	Departement des Innern
- Gesundheit - Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung - Soziale Sicherheit - Öffentliche Sicherheit - Administrative und techn. Verkehrssicherheit - Freiheitsstrafen im halboffenen Vollzug - Massnahmenvollzug mit hoher Sicherheit - Polizei	- Gesundheitsamt - Spitäler - Amt für Soziale Sicherheit - Amt für öffentliche Sicherheit - Motorfahrzeugkontrolle - Strafanstalt Solothurn - Therapiezentrum „im Schache“ - Polizei

<b>Neue Bezeichnung Globalbudget</b> (aufgabenbezogen)	<b>Alte Bezeichnung Globalbudget</b> (dienststellenbezogen)
Volkswirtschaftsdepartement	Volkswirtschaftsdepartement
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht</li> <li>- Wirtschaft und Arbeit</li> <li>- Gemeinden und Zivilstandsdienst</li> <li>- Wald, Jagd und Fischerei</li> <li>- Landwirtschaft</li> <li>- Militär und Bevölkerungsschutz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Departementssekretariat VWD</li> <li>- Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht</li> <li>- Amt für Wirtschaft und Arbeit</li> <li>- Neu ab 1.1.2006; umfasst die Dienstleistungen des Amtes für Gemeinden</li> <li>- Kantonsforstamt (inkl. Jagd- und Fischereiverwaltung)</li> <li>- Amt für Landwirtschaft</li> <li>- Amt für Militär und Bevölkerungsschutz</li> </ul>

Die Globalbudgetsaldos der Jahre 2005 und 2006 im Vergleich:

<b>Globalbudgets mit einer Aufwandüberschussvorgabe (Erfolgsrechnung)</b>	<b>V'2005</b> (in Fr. 1'000)	<b>V'2006</b> (in Fr. 1'000)	<b>Diff.</b> <b>VA05/06</b>
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	779,1	832,9	53,8
Dienstleistungen der Staatskanzlei	2'960,3	3'214,0	253,7
Drucksachen/Lehrmittelverlag	2'874,2	2'899,9	25,7
Führungsunterstützung BJD	4'875,5	3'443,7	- 1'431,8
Raumplanung	3'044,8	2'672,0	-372,8
Hochbau	17'904,2	22'980,0	5'075,8
Strassenbau	22'105,9	24'642,9	2'537,0
Öffentlicher Verkehr	17'627,7	16'263,7	- 1'364,0
Umwelt	3'962,2	3'503,7	- 458,5
Denkmalpflege und Archäologie	2'265,9	2'304,4	38,5
Geoinformationen	1'049,3	1'567,6	518,3
Jugendanwaltschaft (neu ab 1.1.2006)	-	1'269,4	1'269,4
Führungsunterstützung DBK	6'977,5	7'385,4	407,9
Volksschulen und Kindergarten	8'691,9	8'983,9	292,0
Berufsbildung und Berufs- und Studienberatung	5'195,1	5'647,1	452,0
Kultur und Sport	4'186,0	4'424,7	238,7
Übergeordnete Führung und Koordination der Mittel- und Hochschulen	501,4	517,9	16,5
Mittelschulbildung	43'396,6	45'545,6	2'149,0
Pädagogische Fachhochschulbildung (neu in Fachhochschulbildung integriert)	9'504,1	-	- 9'504,1
Fachhochschulbildung	14'163,0	34'400,0	20'237,0
Berufsschulbildung	24'802,0	27'490,6	2'688,6
Berufsbildung im Gesundheitsbereich	7'283,7	7'530,8	247,1
Führungsunterstützung FD	922,7	898,9	- 23,8
Haushaltsmanagement, Controlling, Finanzausgleich Gemeinden und Statistik	1'838,1	1'760,4	- 77,7
Personalwesen	5'290,8	4'556,3	- 734,5
Steuerwesen	15'744,0	17'050,7	1'306,7
Informationstechnologie	0	0	0
Staatsaufsichtswesen	887,4	834,7	- 52,7
Aufsicht über die Amtschreiberei-Dienstleistungen	370,1	384,2	14,1
Gesundheit	5'706,2	5'755,4	49,2
Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung	146'359,0	190'957,0	44'598,0
Soziale Sicherheit (neu ohne PG ,Gemeinden')	7'767,5	4'885,3	- 2'882,2
Öffentliche Sicherheit	2'515,8	4'460,8	1'945,0
Freiheitsstrafen im halboffenen Vollzug	1'353,2	1'653,9	300,7
Massnahmenvollzug mit hoher Sicherheit	1'678,8	2'177,4	498,6

<b>Globalbudgets mit einer Aufwandüberschussvorgabe (Erfolgsrechnung)</b>	<b>V'2005 (in Fr. 1'000)</b>	<b>V'2006 (in Fr. 1'000)</b>	<b>Diff. VA05/06</b>
Polizei	42'906,4	44'077,2	1'170,8
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	1'762,4	1'624,4	- 138,0
Wirtschaft und Arbeit	6'370,0	6'310,4	- 59,6
Gemeinden und Zivilstandsdienst (neu ab 1.1.2006)	-	5'796,0	5'796,0
Wald, Jagd und Fischerei	2'665,4	2'857,8	192,4
Landwirtschaft	9'918,1	9'937,5	19,4
Militär und Bevölkerungsschutz	6'613,3	6'055,7	- 557,6
<b>Total Aufwandüberschuss</b>	<b>464'819,6</b>	<b>539'554,2</b>	<b>74'734,6</b>

<b>Globalbudgets mit Ertragsüberschussvorgabe (Erfolgsrechnung)</b>	<b>V'2005 (in Fr. 1'000)</b>	<b>V'2006 (in Fr. 1'000)</b>	<b>Diff. VA05/06</b>
Amtschreiberei-Dienstleistungen	8'420,7	6'937,6	- 1'483,1
Administrative und technische Verkehrssicherheit	3'718,8	3'594,8	- 124,0
<b>Total Ertragsüberschuss</b>	<b>12'139,5</b>	<b>10'532,4</b>	<b>- 1'607,1</b>

<b>Globalbudgets mit Ausgabenüberschussvorgabe (Investitionsrechnung)*</b>	<b>V'2005 (in Fr. 1'000)</b>	<b>V'2006 (in Fr. 1'000)</b>	<b>Diff. VA05/06</b>
Bildungs- und Allgemeine Bauten	11'625,0	-	- 11'625,0
Spitalbauten	22'940,0	-	- 22'940,0
Hochbau (neu ab 2006, Zusammenfassung GB Bildungs- und Allgemeine Bauten und Spitalbauten)	-	34'273,0	34'273,0
Strassenbau	32'276,0	44'669,0	12'393,0
Informationstechnologie	8'400,0	8'400,0	0
Landwirtschaft	2'435,0	2'080,0	- 355,0
<b>Total Nettoinvestitionen</b>	<b>77'676,0</b>	<b>89'422,0</b>	<b>11'746,0</b>

* inkl. budgetierte Reservaauflösung	<u>VA05</u>	<u>VA06</u>
Bildungs- und Allgemeine Bauten	2'563	
Spitalbauten	2'500	
Hochbau		6'557
Strassenbau		7'165
Landwirtschaft	400	

### 3. Entwicklung in den einzelnen Departementen

Im Folgenden wird auf besondere Aspekte und Entwicklungen in den einzelnen Departementen hingewiesen. Die Bemerkungen konzentrieren sich auf die allerwichtigsten Punkte. Für die Globalbudgets wird auf die entsprechenden Vorlagen sowie auf die unter "Übersichten" angeführten Darstellungen (Leistungsaufträge mit Produktgruppenzielen, Wirkungs- und Leistungsindikatoren, Standards, Produktgruppenbudgets) der Voranschlagszahlen 2006 hingewiesen.

Im Voranschlag 2006 wird wie in den Vorjahren der Aufwand (Kostenarten 3xxxxx und neu 82000x) und der Ertrag (Kostenarten 4xxxxx) ohne interne Verrechnungen ausgewiesen. Hingegen werden aufgrund der neuen WoV-Gesetzgebung die internen Verrechnungen nach ihrer Beeinflussbarkeit getrennt dargestellt. Die beeinflussbaren internen Verrechnungen (Kostenarten 81xxxx = Verrechnung 1) sind Bestandteil des Globalbudgetsaldos (= Saldo 1); die nicht beeinflussbaren internen Verrechnungen (Kostenarten 80xxxx) beinhalten sowohl die übrigen nicht beeinflussbaren Verrechnungen (Verrechnung 2) als auch die Overheadkosten und die Abgrenzungskosten (kalk. Marktmieten) und sind nur Bestandteil der Produktgruppen-/ Vollkostenrechnung (= Saldo 2).

#### 3.1 Erfolgsrechnung

##### 3.1.1 Behörden

Der Aufwand beträgt 4,8 Mio. Franken (2005: 4,8 Mio. Franken), der Ertrag 0,5 Mio. Franken (2005: 0,5 Mio. Franken) und die internen Verrechnungen 1,4 Mio. Franken. Der Nettoaufwand der Behörden wird seit 2005 nicht mehr als Overheadkosten den übrigen Verwaltungseinheiten weiterverrechnet.

Die Parlamentsdienste werden mit dem Globalbudget „Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat“ geführt. Im Voranschlag werden deshalb nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

##### 3.1.2 Staatskanzlei

Der Aufwand beträgt 11,4 Mio. Franken (2005: 11,5 Mio. Franken), der Ertrag 3,2 Mio. Franken (2005: 3,1 Mio. Franken) und die internen Verrechnungen 6,2 Mio. Franken. Der Nettoaufwand der Staatskanzlei wird zu 50% als Overheadkosten den übrigen Verwaltungseinheiten weiterverrechnet.

Die Staatskanzlei im engeren Sinne (inkl. Staatsarchiv) und die Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag werden mit Globalbudget geführt. In der institutionellen Gliederung des Voranschlags werden deshalb für diese Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

##### 3.1.3 Bau- und Justizdepartement

###### a) Allgemeine Bemerkungen

Der Aufwand des Bau- und Justizdepartementes beträgt 184,9 Mio. Franken (2005: 164,3 Mio. Franken), der Ertrag 119,1 Mio. Franken (2005: 70,3 Mio. Franken) und die internen Verrechnungen 74,3 Mio. Franken (2005: 73,4 Mio. Franken). Durch die erstmalige Verrechnung

der Mieten an die Spitäler und die Fachhochschule (total 35,5 Mio. Franken) entsteht ein Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken (2005: Aufwandüberschuss von 20,7 Mio. Franken).

Alle Dienststellen des Bau- und Justizdepartementes werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Departementssekretariat
- Amt für Raumplanung
- Hochbauamt
- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Amt für Umwelt
- Amt für Denkmalpflege und Archäologie
- Amt für Geoinformation
- Jugendanwaltschaft

In der institutionellen Gliederung des Voranschlags werden deshalb bei diesen Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

#### b) Spezialfinanzierung Strassenbaufonds

Die Finanzierung des Strassenbaufonds ist unter der Kontengruppe 6039 „Finanzierung Strassenbaufonds“ ausgewiesen.

Der Aufwand im Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) wird, soweit er den Strassenbau und – unterhalt betrifft, vollumfänglich durch die zweckgebundenen Mittel aus den Motorfahrzeugsteuern und –gebhren sowie durch einen Bezug aus der Spezialfinanzierung abgedeckt. Zulasten der ordentlichen Mittel gehen dagegen die Beiträge an den öffentlichen Verkehr. Hier liegen die Nettoaufwendungen mit 16,3 Mio. Franken (2005: 17,7 Mio. Franken) um 1,4 Mio. Franken unter dem Niveau des Vorjahres.

Die Abschreibungen der laufenden Investitionen im Strassenbau belaufen sich auf total 51,8 Mio. Franken (2005: 32,3 Mio. Franken). Im Kantonsstrassenbau nehmen die Investitionen infolge der Umfahrungsprojekte um 17,8 Mio. Franken zu (45,8 Mio. Franken.). Nach der Fertigstellung der A5 beansprucht der Nationalstrassenbau noch 6,0 Mio. Franken (2005: 4,3 Mio. Franken).

Die Zuweisung des Bundes aus dem allgemeinen Treibstoffzollanteil an den Strassenbaufonds sinkt um 2,0 Mio. Franken; sie beträgt 10,0 Mio. Franken und wird je zur Hälfte (5,0 Mio. Franken) der Erfolgsrechnung und der Spezialfinanzierung ‚Strassenbaufonds‘ zugewiesen. Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA, welche 2001 erstmals angefallen ist, wird seit 2002 vollumfänglich dem ‚Strassenbaufonds‘ zugewiesen. Im Jahr 2006 beträgt die Zuweisung an den Strassenbaufonds aufgrund der LSVA 9,9 Mio. Franken. Der Aufwand der neuen Staatsanwaltschaft beträgt 5,6 Mio. Franken, der Ertrag 8,2 Mio. Franken und die internen Verrechnungen 0,4 Mio. Franken.

Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung gedeckt. Trotz der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer im Zusammenhang mit den beiden Umfahrungsprojekten in Solothurn und Olten muss mit einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung von 19,7 Mio. Franken gerechnet werden. Die Fondsverschuldung wird deshalb bis Ende 2006 auf voraussichtlich 44,1 Mio. Franken steigen.

### 3.1.4 Departement für Bildung und Kultur

#### a) Allgemeine Bemerkungen

Der Aufwand des Departementes für Bildung und Kultur beträgt 361,2 Mio. Franken (2005: 321,5 Mio. Franken), der Ertrag 35,3 Mio. Franken (2005: 33,3 Mio. Franken) und die internen Verrechnungen 23,5 Mio. Franken (2005: 23,0 Mio. Franken). Der Aufwandüberschuss zulasten des Kantons steigt um 38,2 Mio. Franken auf total 349,3 Mio. Franken (2005: 311,2 Mio. Franken). Der Anstieg des Aufwandüberschusses ist teilweise auf den Transfer des Bildungszentrum für Gesundheitsberufe (inkl. ausserkant. Schulgelder für Berufsbildungen im Gesundheitsbereich) vom Departement des Innern ins Departement für Bildung und Kultur zurückzuführen.

Alle Dienststellen des Departementes für Bildung und Kultur werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Departementssekretariat
- Amt für Volksschule und Kindergarten
- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
- Amt für Kultur und Sport
- Mittelschulen (Kantonsschulen Solothurn und Olten)
- Amt für Mittel- und Hochschulen
- Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn (inkl. Pädag. Fachhochschule)
- Berufsschulen (Berufsbildungszentren Solothurn-Grenchen und Olten)
- Bildungszentrum für Gesundheitsberufe

Die Staatsbeiträge im Bereich Volksschule und Kindergarten sind nicht im Globalbudget des Amtes für Volksschule und Kindergarten enthalten, sondern werden separat abgerechnet und ausgewiesen. In der institutionellen Gliederung zum Voranschlag werden für die obgenannten Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktegruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

#### b) Kostenentwicklung je Schultyp

Die folgende Tabelle orientiert über Nettoaufwendungen für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Franken):

<b>Jahr</b>	<b>Volks- schulen</b>	<b>Mittel- schulen (bis R03 mit PH)</b>	<b>Berufs- schulen (ab V'06 inkl. BZG)</b>	<b>Fachhochschul- en / höhere Fachschulen (ab R04 mit PH)</b>	<b>Hochschu- len</b>	<b>Total</b>
R'02	<sup>1)</sup> 126'923	61'751	31'901	13'000	22'008	<sup>2)</sup> 255'583
R'03	<sup>2)</sup> 134'171	63'776	31'427	14'840	23'494	<sup>3)</sup> 268'044
R'04	<sup>3)</sup> 117'084	52'364	31'684	25'978	25'617	<sup>4)</sup> 252'727
V'05	126'376	52'797	33'312	23'667	27'845	263'997
V'06	133'571	54'739	44'155	34'400	29'540	296'407

<sup>1)</sup> Keine Bildung von Rückstellungen

<sup>2)</sup> inkl. Bildung Rückstellungen von 13,6 Mio. Fr. für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen für die Jahre 2001-2003

<sup>3)</sup> inkl. Abgrenzungen für noch nicht geleistete Subventionen an Sonderschulen, Sonderschulheime gem. Finanzkontrolle und Berichtigung der Klassifikationen 2002-2004 gem. RRB 2004/2472 vom 6.12.2004

Gegenüber dem Vorjahr ist im Schulbereich ein Mehraufwand von 32,4 Mio. Franken festzustellen. Diese Erhöhung ist folgendermassen zu erklären:

- Im Bereich der Volksschulen ist der Mehraufwand insbesondere auf die Auswirkungen der GAV-Einführung, den Teuerungsausgleich und den Stufenanstieg zurückzuführen. Dies wirkt sich auch auf die Volksschullehrkraftsubventionen aus.
- Bei den Mittelschulen ist der Mehraufwand hauptsächlich auf die Einführung des GAV zurückzuführen.
- Im Bereich der Berufsschulen ist der Mehraufwand hauptsächlich auf den Transfer des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe vom Departement des Innern in das Departement für Bildung und Kultur zurückzuführen.
- Durch die Integration der Fachhochschule Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn (PH) in die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) entfallen bisherige Schulgeldzahlungen an die Aargauer und Basler Fachhochschulen (ca. 5 Mio Franken), und durch das Hochbauamt wird neu eine Marktmiete für das PH-Gebäude verrechnet. Ferner wird der Leistungsauftrag für die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung angepasst. All die vorgenannten Sachverhalte führen im Voranschlag 2006 zu Mehraufwendungen.
- Der Beitrag an die universitären Hochschulen ist infolge der Tarifierungsvereinbarung um 1,7 Mio. Franken angestiegen und beträgt 29,5 Mio. Franken (2005: 27,8 Mio. Franken).

### 3.1.5 Finanzdepartement

#### a) Allgemeine Bemerkungen

Mit einem Ertrag von 1'024,4 Mio. Franken (2005: 991,1 Mio. Franken), einem Aufwand von 180,0 Mio. Franken (2005: 179,2 Mio. Franken ohne die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages) und internen Verrechnungen von 19,6 Mio. Franken (2005: 18,6 Mio. Franken ohne Verrechnung der Spitalsteuern) resultiert ein Nettoertrag von 864,0 Mio. Franken (2005: 830,5 Mio. Franken ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag und Spitalsteuerverrechnung).

Alle Dienststellen des Finanzdepartementes werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Departementssekretariat
- Amt für Finanzen
- Personalamt
- Kantonales Steueramt
- Amt für Informatik und Organisation
- Kantonale Finanzkontrolle
- Amtschreiberei-Inspektorat
- Amtschreibereien (inkl. Betriebs- und Konkursämter, Kant. Handelsregisteramt)

In der institutionellen Gliederung zum Voranschlag werden deshalb bei diesen Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktegruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

## b) Wichtigste Erträge

Die grössten Erträge stammen aus den kant. Steuern und den Nebensteuern, den Bundesanteilen und den Gebühren der Amtschreibereien. Folgende Entwicklung wird veranschlagt:

- Staatssteuern

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	V'05	V'06	Differenz	
			Absolut	in %
Staatssteuer nat. Personen*/**	589,5	575,0	- 14,5	- 2,5
Staatssteuer jur. Personen*	72,0	97,0	+ 25,0	+ 34,7
Finanzausgleichsteuer	7,2	9,0	+ 1,8	+ 25,0
Bussen (Strafsteuer)	0,5	0,5	-	-
Grenzgängerbesteuerung	1,2	1,2	-	-
Grundst.gewinnsteuer (netto)	4,4	4,9	+ 0,5	+ 11,4
<b>Total</b>	<b>674,8</b>	<b>687,6</b>	<b>+ 12,8</b>	<b>+ 1,9</b>

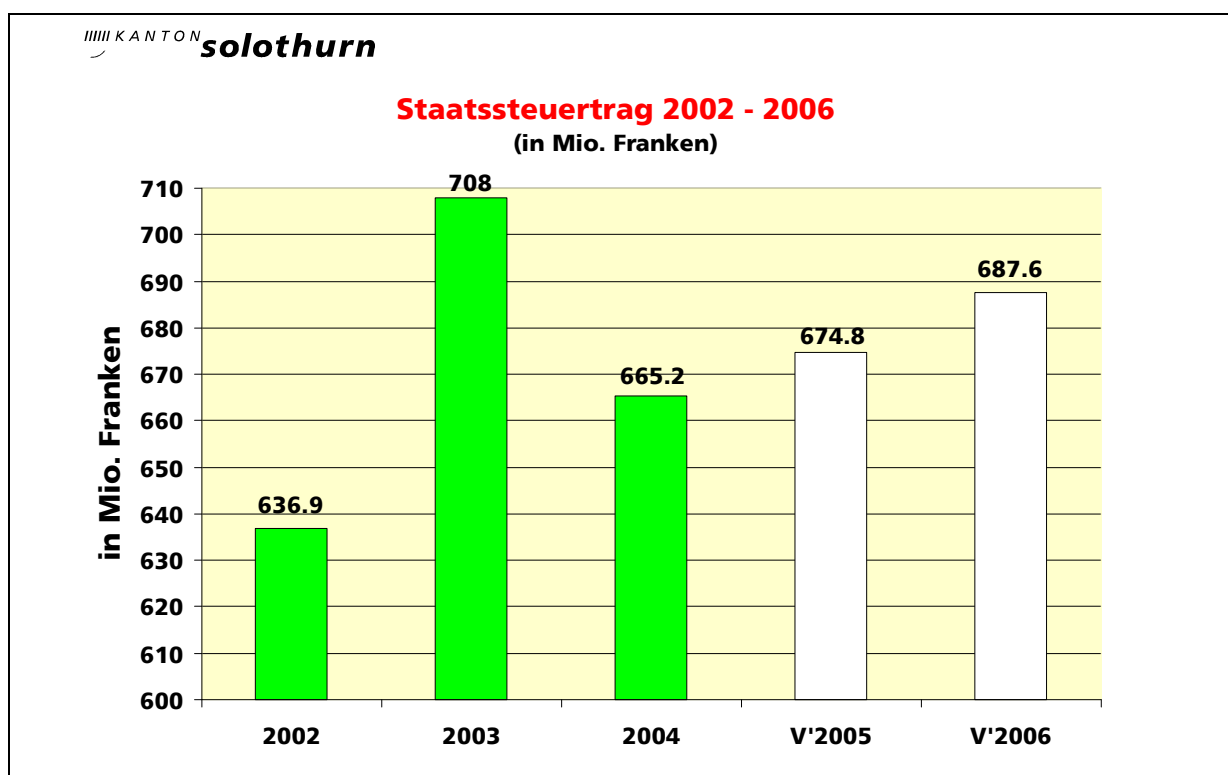
\* inkl. Erträge aus Vorjahren

\*\* inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern (seit 1997), Kapitalabfindungssteuern (seit 2000), übrige Sondersteuern (seit 2000) und Spitalsteuern aus Vorjahren (seit 2006)

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	R'02	R'03	R'04	V'05	V'06
Staatssteuer nat. Personen*/**	524,1	610,0	581,1	589,5	575,0
Staatssteuer jur. Personen*	97,2	83,3	70,7	72,0	97,0
Finanzausgleichsteuer	9,7	8,4	7,1	7,2	9,0
Bussen (Strafsteuer)	0,2	0,5	0,6	0,5	0,5
Grenzgängerbesteuerung	1,3	1,3	1,1	1,2	1,2
Grundst.gewinnsteuer (netto)	4,4	4,5	4,5	4,4	4,9
<b>Total</b>	<b>636,9</b>	<b>708,0</b>	<b>665,2</b>	<b>674,8</b>	<b>687,6</b>

\* inkl. Erträge aus Vorjahren

\*\* inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern (seit 1997), Kapitalabfindungssteuern (seit 2000), übrige Sondersteuern (seit 2000) und Spitalsteuern aus Vorjahren (seit 2006)



Beim Vergleich mit den Vorjahren sind zwei Gesetzesrevisionen zu beachten. Ab dem 1. Januar 2006, dem Inkrafttreten des Spitalgesetzes, wird die Spitalsteuer nicht mehr erhoben. Stattdessen wird der Steuerfuss für die Staatssteuer von bisher 100 Prozent auf 108 Prozent erhöht. Daraus resultiert für den Steuerzahler gegenüber den Jahren 2001-2005, als zusätzlich zur ganzen Staatssteuer noch eine Spitalsteuer von 10 Prozent erhoben wurde, eine Entlastung von 2 Steuerfussprozenten. Die Reduktion der Steuerbelastung führt zu Mindererträgen von 11,6 Mio. Franken insgesamt. Bezogen auf die allgemeine, nicht spezialfinanzierte Staatsrechnung ergibt sich aber dennoch eine Verbesserung von 43,1 Mio. Franken. Diese Verbesserung resultiert einerseits aus prognostizierten Mehreinnahmen (rund 25,6 Mio. Franken), andererseits aus der Tatsache, dass der Zuschlag von 8 Prozent zur ganzen Staatssteuer vollumfänglich der allgemeinen Staatsrechnung zugeführt wird, währenddem dies bis und mit Voranschlag 2005 lediglich 5% waren (Hälfte der Spitalsteuer). Die Differenz von 3% zusätzlicher Steuerertrag in die allgemeine Staatsrechnung entspricht rund 17,5 Mio. Franken.

Ebenfalls Auswirkungen zeigt die Teilrevision des Steuergesetzes, die am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Höhere Abzüge bei den natürlichen Personen für die Steuerperiode 2005 und die Senkung des Kapitalsteuersatzes bei den juristischen Personen beeinflussen das Ergebnis. Bei den natürlichen Personen wird der Steuerertrag im Vergleich zum Rechnungsjahr 2004 wegen der Steuergesetzrevision um 6,1 Mio. Franken, im Vergleich zum Voranschlag 2005 sogar um 14,5 Mio. Franken auf 575,0 Mio. Franken zurückgehen. Sehr erfreulich ist die Situation bei den juristischen Personen, deren Steuerertrag im Vergleich zur Rechnung 2004 und zum Voranschlag 2005 trotz der Steuergesetzrevision um über 25 Mio. Franken, oder rund 37 Prozent, ansteigen dürfte.

#### - Nebensteuern

Gestützt auf Hochrechnungen der Zahlen des laufenden Jahres kann aus Nebensteuern für 2006 ein Ertrag von 46,8 Mio. Franken erwartet werden. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge für die Jahre 2002 - 2006:

<b>Nebensteuern (in Mio. Fr.)</b>	<b>R'02</b>	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>V'05</b>	<b>V'06</b>
Handänderungssteuer	26,6	27,5	30,0	28,5	28,5
Erbschaftssteuer	16,3	11,2	15,7	12,5	12,5
Nachlasssteuer	4,1	4,8	4,6	5,0	5,0
Schenkungssteuer	0,8	0,7	0,9	0,8	0,8
<b>Total</b>	<b>47,8</b>	<b>44,2</b>	<b>51,2</b>	<b>46,8</b>	<b>46,8</b>

#### - Erträge aus Bundesanteilen

Die Erträge aus Bundesanteilen werden in enger Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung ermittelt. Die Zunahme der Bundesanteile ist insbesondere auf die erhöhten direkten Bundessteuern und den erhöhten Finanzausgleichsbeitrag zurückzuführen.

<b>Bundesanteile (in Mio. Franken)</b>	<b>R'02</b>	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>V'05</b>	<b>V'06</b>
Reingewinn Nationalbank	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Ertrag Nationalbank	32,3	53,7	63,2	66,0	67,5
Direkte Bundessteuer	34,6	39,7	40,4	40,0	47,0
Verrechnungssteuer	7,4	4,6	8,5	9,0	9,8
Finanzausgleichsbeitrag	55,0	56,5	58,8	63,0	69,0
Allg. Treibstoffzollanteil*	5,7	4,8	5,5	6,0	5,0
LSVA*	-	-	-	-	-
<b>Total</b>	<b>135,2</b>	<b>159,5</b>	<b>176,6</b>	<b>184,2</b>	<b>198,5</b>

\* entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil und der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), welche der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen werden (ab 1.1.2003 Kontengruppe 6416, bis 2002 Kontengruppe 6034).

- Gebühren der Amtschreibereien

Seit 2002 ist folgende Entwicklung der Gebührenerträge zu verzeichnen:

<b>Gebühren Amtschreibereien</b> (in Mio. Franken)	<b>R'02</b>	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>V'05</b>	<b>V'06</b>
<b>Total</b>	<b>30,5</b>	<b>31,9</b>	<b>33,7</b>	<b>32,5</b>	<b>33,5</b>

c) Grösste Aufwandpositionen

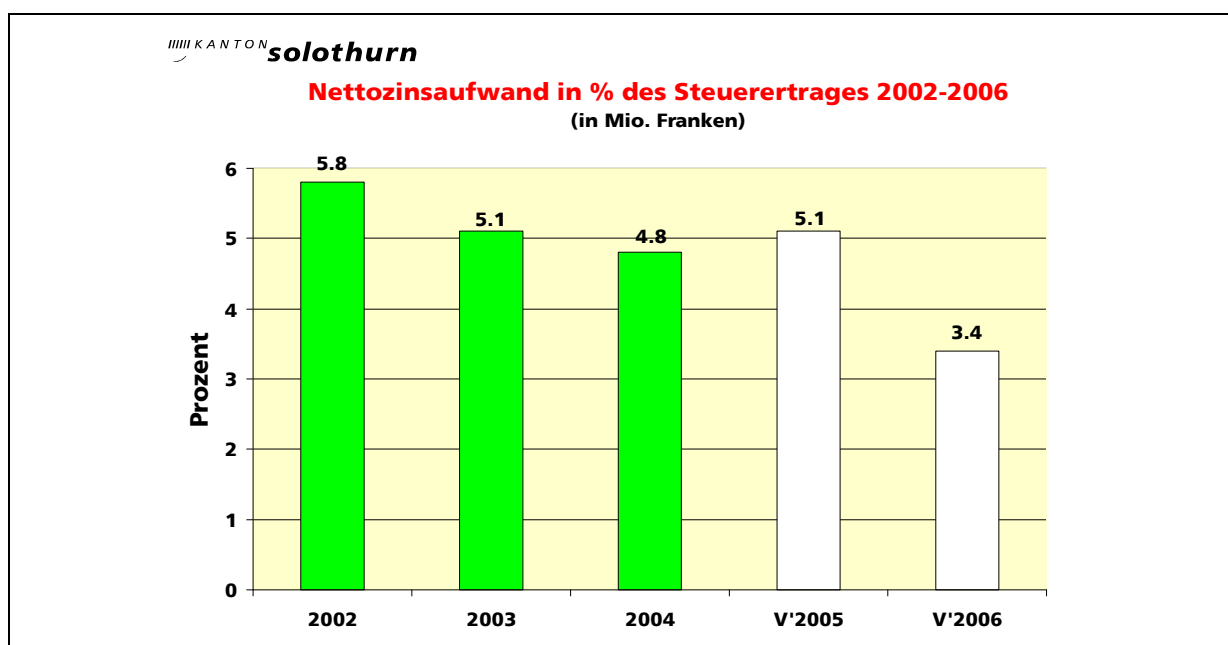
- Zinsendienst

Die Passivzinsen belasten den Voranschlag mit total 43,3 Mio. Franken, d.h. um 7,0 Mio. Franken weniger als im Voranschlag 2005. Die Vermögenserträge nehmen um 4,4 Mio. Franken zu. Der Rückgang des Nettozinsaufwandes ist auf die Ausschüttung der Erlöse aus dem Verkauf der nicht mehr benötigten Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank an die Kantone im Jahr 2005 zurückzuführen (Kanton Solothurn: 475 Mio. Franken).

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes wird nach Neuem Rechnungsmodell der Sachgruppe 32 (Passivzinsen) die Sachgruppe 42 (Vermögenserträge) gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung (vgl. Übersichten) gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2002 zeigt sich wie folgt:

<b>Zinsendienst</b> (in Mio. Fr.)	<b>R'02</b>	<b>R'03</b>	<b>R'04</b>	<b>V'05</b>	<b>V'06</b>
Passivzinsen (Sachgr. 32)	51,2	51,9	49,3	50,3	43,3
- Vermögensertr. (Sachgr. 42) (ohne Buchgewinne+Mietzinserrträge)	14,3	16,0	17,2	15,7	20,1
= Nettozinsaufwand	36,9	35,9	32,1	34,6	23,2
Total Staatssteuern	636,9	708,0	665,2	674,8	687,6
Nettozinsaufwand in %	5,8	5,1	4,8	5,1	3,4

Gestützt auf diese Berechnung müssen von 100 Franken Staatssteuerertrag 3.40 Franken für die Deckung des Nettozinsaufwandes verwendet werden.



- Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden, wie im laufenden Jahr, mit 10 % budgetiert. Zusätzliche Abschreibungen sind nicht vorgesehen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen verändert sich wie folgt:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1.1.2006	267,6 Mio. Fr.
Aktivierungen des Jahres 2006	<u>46,4 Mio. Fr.</u>
Verwaltungsvermögen per 31.12.2006	<u>314,0 Mio. Fr.</u>
davon:	
10 % Abschreibung 2006	<u>31,5 Mio Fr.</u>

- Abschreibungen auf dem Finanzvermögen

Die 'erlassenen und uneinbringlichen Staats-, Spital- und Finanzausgleichssteuern juristische Personen' werden im Sinne des Bruttoprinzips und einer verbesserten Transparenz separat aufgezeigt. Die vorgesehenen Abschreibungen basieren auf Erfahrungswerten der Rechnung 2004 sowie des 1. Halbjahres 2005 und sind wie folgt budgetiert:

- Staatssteuern natürliche Personen	8'400'000 Franken
- Staatssteuern juristische Personen	500'000 Franken
- Spitalsteuern	925'000 Franken
- Sondersteuern	350'000 Franken
- Finanzausgleichssteuern	<u>50'000 Franken</u>
Total	<u>10'225'000 Franken</u>

Die budgetierten Abschreibungen machen rund 1,5 % des gesamten Staatssteuerertrages aus (Vorjahr 1,2 %).

- Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen

Auf den Spezialfinanzierungen (Strassenbauten usw.) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 53,2 Mio. Franken (Voranschlag 2005: 57,3 Mio. Franken inkl. Spitalbauten) vollständig abgeschrieben.

- Gesamtabschreibungssatz

Der Gesamtabschreibungssatz wird wie folgt berechnet:

	<u>Mio. Franken</u>
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31.12.2006	314,0
Abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierung 2006	<u>53,2</u>
Total abzuschreibende Aktiven	<u>367,2</u>
Abschreibung auf Verwaltungsvermögen (10 %)	31,5
Abschreibung auf Spezialfinanzierungen (100 %)	<u>53,2</u>
Für Berechnung Gesamtabschreibungssatz massgebende Abschreibungsgrösse	<u>84,7</u>

$$\text{Gesamtabschreibungssatz} = 84,7 : 367,2 \times 100 = 23,1 \%$$

Von den per 31. Dezember 2006 abzuschreibenden Aktiven des Verwaltungsvermögens und der Spezialfinanzierungen von insgesamt 367,2 Mio. Franken werden zulasten der Erfolgsrechnung 31,5 Mio. Franken und zulasten von Spezialfinanzierungen 53,2 Mio. Franken abgeschrieben. Der Gesamtabschreibungssatz erreicht mit 23,1 % (Voranschlag 2005: 24,6 %, Rechnung 2004: 23,4 %) erneut ein sehr hohes Niveau.

### 3.1.6 Departement des Innern

#### a) Allgemeine Bemerkungen

Insgesamt ist bei einem Aufwand von 668,9 Mio. Franken (2005: 645,2 Mio. Franken), einem Ertrag von 275,4 Mio. Franken (2005: 270,4 Mio. Franken) und internen Verrechnungen von 65,9 Mio. Franken (2005: 5,1 Mio. Franken) ein Nettoaufwand von 459,4 Mio. Franken (2005: 379,9 Mio. Franken) budgetiert. Änderungen ergaben sich einerseits durch den Transfer des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe (inkl. ausserkant. Schulgelder für Berufsbildungen im Gesundheitsbereich) ins Departement für Bildung und Kultur, der Abteilung Gemeinden und Zivilstandwesen ins Volkswirtschaftsdepartement sowie durch die erstmalige Verrechnung der Mietkosten der Spitäler durch das Hochbauamt und dem Wegfall der Spitalsteuerverrechnung.

Alle Dienststellen des Departementes des Innern werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Gesundheitsamt
- Spitäler
- Amt für Soziale Sicherheit
- Amt für öffentliche Sicherheit
- Motorfahrzeugkontrolle
- Strafanstalt Schöngrün
- Therapiezentrum „im Schache“
- Polizei

#### b) Ausserkantonale Spitalbehandlungen

Für die Kosten der Spitalbehandlungen gemäss KVG sind wie im Vorjahr 50 Mio. Franken (2004: 39,0 Mio. Franken) budgetiert.

#### c) Solothurnische Spitäler

Die solothurnischen Spitäler werden seit 1996 mit Globalbudget geführt. Im Voranschlag wird deshalb nur ein einziger Betriebsbeitrag von 191 Mio. Fr. aufgeführt. Werden zum Staatsbeitrag 2005 der Spitäler (146.4 Mio. Fr.) die einmaligen Bezüge aus Globalbudgetreserven von 4,1 Mio. Fr. addiert (auf Ebene Spitalamt 1,1 Mio. Franken und aus der Auflösung der „Restbilanz“ des ehemaligen Bezirksspitals Breitenbach 3 Mio. Fr.) resultiert der budgetierte Nettoaufwand 2005 der Spitäler von 150,5 Mio. Franken. Demgegenüber weist das Budget 2006 mit 191 Mio. Franken eine Erhöhung um 40,5 Mio. Fr. aus. er Anstieg ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

<b>Faktor</b>	<b>Veränderung</b> (in Mio. Fr.)
- Investitionen und Unterhalt	
- Nachholbedarf medizintechnische Ausstattung	+ 2,0
- Informatik / Telefonie (bisher zu Lasten Spitalaufonds finanziert)	+ 5,0
- Unterhaltskosten (neu im Mietzins enthalten)	- 3,0
- Anwendung des Arbeitsgesetzes für alle Personalkategorien	+ 1,5
- Abdeckung der bisherigen Unterversicherung Haftpflicht, Mobilien	+ 1,0
- Medizinischer Fortschritt, Qualität, neue Medikamente usw.	+ 3,0
- abzüglich Einsparungen SO+ (Verselbständigung 1. Teil)	- 2,0
- abzüglich Taxerhöhungen	- 4,0
- Erhöhung Teuerungszulage Mitarbeitende	+ 4,3
- Erhöhung für Sozialplan Spitäler (FIKO-Antrag vom 14.9.05)	+ 0,7
<b>Effektive Budgeterhöhung 2006 gegenüber 2005</b>	<b>+ 8,5</b>
- Interne Mietzinsverrechnung durch Hochbauamt (ergebnisneutral)	+ 32,0

Die grösste Veränderung ist auf die Umsetzung des Spitalgesetzes zurückzuführen, indem einerseits der Kanton ab 1. Januar 2006 als Eigentümer seine Spitalgebäude der Solothurner Spitäler AG vermietet und andererseits die früher zu Lasten des Spitalaufonds finanzierten Investitionen (Telefonie und Informatik) neu von der Solothurner Spitäler AG zu tragen sind.

Weil die Investitionen und der für die Staatsrechnung ergebnisneutrale Mietzins von der obligatorischen Grundversicherung (als sog. nicht anrechenbare Kosten) gemäss KVG nicht mit zu finanzieren sind, reduziert sich der Deckungsgrad der Solothurner Spitäler AG auf neu 52,6% (2005: 57,4 %). Die Taxen sind weiterhin so angelegt, dass die Patienten der Allgemeinen Abteilungen maximal 50%, diejenigen der Privatabteilungen 100% (abzüglich Sockelbeiträge) der reinen Betriebskosten zuzüglich der anteiligen Investitionskosten decken. Nach Abzug der Sockelbeiträge verbleibt somit auf den Privatabteilungen ein Kostendeckungsgrad zwischen 60 - 65%. Santésuisse hat auf Ende 2005 sämtliche Verträge im ambulanten Bereich gekündigt und beabsichtigt, anlässlich der Aushandlung der neuen Verträge das bisherige Instrument der Kostenneutralität im Sinne einer kontrollierten Kostenentwicklung weiterzuführen. Eine Steigerung des Kostendeckungsgrades wie vom Kantonsrat mittels Auftrag gefordert ist deshalb auch über einen Ausbau der ambulanten Leistungen nicht möglich.

d) Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen AHV / IV

Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG sind 87,7 Mio. Franken (2005: 83,0 Mio. Franken) vorgesehen. Der Bundesbeitrag beträgt 64,1 Mio. Franken (2005: 60,6 Mio. Franken). Dieses Jahr wird keine Entnahme aus dem Ausgleichskonto budgetiert (2005: 0,4 Mio. Franken), sodass die Nettobelastung 2006 für den Kanton 23,6 Mio. Franken (2005: 22,0 Mio. Franken) beträgt.

Für Ergänzungsleistungen AHV/IV ist ein Aufwand von 95,0 Mio. Franken und ein Ertrag aus Beiträgen von Bund und Gemeinden von 58,0 Mio. Franken oder ein Aufwandüberschuss von 36,9 Mio. Franken (2005: 25,0 Mio. Franken) eingesetzt. Die Ergänzungsleistung ist eine Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden. Sie dient als Ausgleich für die Folgen der Aufgabenreform soziale Sicherheit. Der Gemeindeanteil basiert auf 46% (2005: 56%). Der Aufwand für Sozialversicherungen AHV und IV beträgt insgesamt 84,4 Mio. Franken (2005: 84,0 Mio. Franken). Seit der Aufgabenreform Soziale Sicherheit steht dem Aufwand kein Ertrag mehr gegenüber. Der Bund legt die Kantonsanteile an den Sozialversicherungskosten fest. Die jährlichen Steigerungen in diesen Leistungsfeldern sind nicht steuerbar.

e) Soziale Dienste, soziale Institutionen und Sozialhilfe

Der Nettoaufwand für Soziale Dienste beträgt 1,5 Mio. Franken. Die Aufwendungen dienen der Ausrichtung der Opferhilfe (1,4 Mio. Franken).

Der Nettoaufwand für Soziale Institutionen beläuft sich auf insgesamt 6,3 Mio. Franken (2005: 6,1 Mio. Franken). Der Betriebsbeitrag an die Heime beträgt netto 4,0 Mio. Franken (2005: 3,6 Mio. Franken). Die Kosten der GASS-Suchthilfe (4,6 Mio. Franken) werden vollumfänglich von den Einwohnergemeinden und dem Alkoholzehntel getragen.

Unter der Sozialhilfe werden aufgrund der Aufgabenreform Soziale Sicherheit (Volksbeschluss vom 7.6.1998) die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen sowie die Entnahme aus dem Ausgleichskonto Asyl ausgewiesen. Neu erscheint im Voranschlag 2006 der Kredit (Nettoaufwand für den Kanton Fr. 1'350'000.-) für das Soziallohnprojekt solopro – für ausgesteuerte erwerbslose Personen - unter dem Amt für soziale Sicherheit (bisher unter dem Amt für Wirtschaft und Arbeit).

f) Verkehrseinnahmen

Die Verkehrseinnahmen von 61,2 Mio. Franken (2005: 59,7 Mio. Franken) werden für die Finanzierung von Strassenbau und -unterhalt, polizeilichen Aufwendungen im Strassenverkehr sowie anderen Verkehrsausgaben verwendet. Details dazu sind unter der Kontengruppe 6671 "Verkehrseinnahmen und deren Verwendung" ausgewiesen.

### 3.1.7 Volkswirtschaftsdepartement

Insgesamt ist bei einem Aufwand von 127,7 Mio. Franken (2005: 122,2 Mio. Franken), einem Ertrag von 101,1 Mio. Franken (2005: 98,8 Mio. Franken) und internen Verrechnungen von 9,0 Mio. Franken (2005: 7,8 Mio. Franken) ein Nettoaufwand von 35,6 Mio. Franken (2005: 31,1 Mio. Franken) budgetiert. Die Erhöhung des Nettoaufwandes ist auf den Transfer des Gemeinde- und Zivilstandsbereichs vom Departement des Innern ins Volkswirtschaftsdepartement zurückzuführen.

Alle Dienststellen des Volkswirtschaftsdepartementes werden mit Globalbudget (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Konkret sind dies die folgenden Verwaltungseinheiten:

- Departementssekretariat (inkl. berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht)
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Amt für Gemeinden
- Kantonsforstamt (inkl. Jagd und Fischerei)
- Amt für Landwirtschaft
- Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

In der institutionellen Gliederung zum Voranschlag werden deshalb bei diesen Dienststellen nur noch die Globalbudgetbeträge ausgewiesen. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 ‚Globalbudgets‘ verwiesen werden.

### 3.1.8 Gerichte

Dem budgetierten Aufwand von 20,2 Mio. Franken (2005: 17,9 Mio. Franken) stehen Erträge von 6,1 Mio. Franken (2005: 7,0 Mio. Franken) und interne Verrechnungen von 3,1 Mio. Franken (2005: 2,9 Mio. Franken) gegenüber. Der Aufwandüberschuss beträgt 17,2 Mio. Franken (2005: 13,8 Mio. Franken).

Die Gerichte werden noch nicht mit Globalbudgets (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Der Entscheid, ob und wann für die Gerichte die wirkungsorientierte Verwaltungsführung mit Globalbudget eingeführt werden soll, entscheidet der Regierungsrat Ende 2005 auf Antrag des Finanzdepartementes.

## 3.2 Investitionsrechnung

### 3.2.1 Übersicht

Die Nettoinvestitionen im Betrag von 99,6 Mio. Franken liegen um 16,6 Mio. Franken über dem Voranschlag 2005. Von den Nettoinvestitionen von 99,6 Mio. Franken sind 20 Mio. Franken für die Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten vorgesehen.

Zu den wichtigsten Positionen im Investitionsbudget zählen (Brutto-Ausgaben):

- Bildungs- und Allgemeine Bauten	7,8 Mio. Fr.
- Spitalbauten	33,3 Mio. Fr.
- Kantonsstrassenbau	76,3 Mio. Fr.
- Nationalstrassenbau	39,3 Mio. Fr.
- Investitionsbeiträge an den öffentlichen Verkehr	5,0 Mio. Fr.
- Beiträge im Bereich Umwelt (Fluss- und Bachverbauungen, Abfallanlagen)	3,0 Mio. Fr.
- Amtliche Vermessung	3,3 Mio. Fr.
- Informatikprojekte für die allg. Verwaltung	8,4 Mio. Fr.
- Beiträge an Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft	7,0 Mio. Fr.

### 3.2.2 Bau- und Justizdepartement

#### a) Allgemeine Bemerkungen

Für Investitionen unter der Leitung des Bau- und Justizdepartementes sind insgesamt Ausgaben von 168,5 Mio. Franken (2005: 129,9 Mio. Franken) und Einnahmen von 73,0 Mio. Franken (2005: 55,2 Mio. Franken) budgetiert. Die Nettoinvestitionen erreichen ein Volumen von 95,5 Mio. Franken und liegen damit um 20,8 Mio. Franken über dem Voranschlag 2005 (74,7 Mio. Franken). Die Ausgaben für die Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten betragen 37,4 Mio. Franken bei Einnahmen von 17,4 Mio. Franken.

Seit dem 1. Januar 2003 werden die Bereiche

- Bildungs- und Allgemeine Bauten,
- Spitalbauten und
- Tiefbau

mit Globalbudgets (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) geführt. Im Voranschlag 2006 werden neu die beiden Globalbudgets „Bildungs- und Allgemeine Bauten“ sowie „Spitalbauten“ zu einem Globalbudget „Hochbau“ zusammengefasst. Diese Vereinfachung wurde möglich, da die Spitalbauten neu nicht mehr über die durch die Spitalsteuer gespiesene Spezialfinanzierung „Spitalbauten“, sondern mit allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

#### b) Investitionsrechnung Amt für Umwelt und Amt für Geoinformation

Im Amt für Umwelt werden 3,0 Mio. Franken Ausgaben und 3,9 Mio. Franken Einnahmen budgetiert.

Für die Amtliche Vermessung ist zur Realisierung des Projektes RADAV (Rasche Erfassung der Daten der Amtlichen Vermessung) wie im Vorjahr ein Kredit von 3,3 Mio. Franken vorgesehen. An Einnahmen von Bund und Gemeinden werden 1,5 Mio. Franken (2005: 2,4 Mio. Franken) erwartet.

### 3.2.3 Departement für Bildung und Kultur

Für Ausbildungsdarlehen sind wie im Vorjahr 1,8 Mio. Franken eingesetzt; voraussichtlich werden wie im Vorjahr 1,5 Mio. Franken zurückbezahlt.

### 3.2.4 Finanzdepartement

Innerhalb des Finanzausgleiches der Einwohnergemeinden sind 0,8 Mio. Franken (2005: 0,75 Mio. Franken) als Investitionsbeiträge budgetiert.

Unter der Kostenstelle 6419, Abschreibungen/Rückstellungen/Buchgewinne sind, zentral 13,7 Mio. Franken (2005: 8,5 Mio. Franken) als Auflösung nicht beanspruchter Globalbudgetreserven der Investitionsrechnung des Hochbauamtes und des Amtes für Verkehr und Tiefbau budgetiert.

Das Amt für Informatik und Organisation verfügt wie im Vorjahr über einen Investitionskredit von total 8,4 Mio. Franken und die Investitionsrechnung wird seit dem 1. Januar 2005 mit Globalbudget geführt. Für Einzelheiten kann auf die Produktgruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

### 3.2.5 Departement des Innern

Die Polizei sieht Ausgaben in der Höhe von 4,3 Mio. Franken (2005: 3,4 Mio. Franken) vor. Die grössten Ausgabenpositionen sind Motorfahrzeuge (0,8 Mio. Franken), Ersatz Tradingsystem A2 und VEBO (0,8 Mio. Franken), Migration Einsatzleitsystem Pelix 3 (0,7 Mio. Franken), Rotlichtüberwachung Städte (0,2 Mio. Franken), Einsatzleitsystem ELS (0,4 Mio. Franken) und Einführung Polycom Ablösung FUSO (0,5 Mio. Franken).

### 3.2.6 Volkswirtschaftsdepartement

Die Investitionsausgaben des Kantonsforstamtes betragen voraussichtlich 0,6 Mio. Franken (2005: 0,2 Mio. Franken). Es handelt sich um Kantons- und Bundesbeiträge an Gemeinden für Wegbauten / Sanierungen. An Bundesbeiträgen sind 0,5 Mio. Franken (2005: 0,1 Mio. Franken) zu erwarten.

Die Nettoinvestitionen im Amt für Landwirtschaft sind mit 2,7 Mio. Franken (2005: 2,8 Mio. Franken) budgetiert. Seit dem 1. Januar 2003 wird der Investitionsbereich des Amtes für Landwirtschaft mit Globalbudget geführt. Für Einzelheiten kann auf die Produktegruppenbudgets in den Übersichten und auf Kapitel 2 „Globalbudgets“ verwiesen werden.

Beschluss Nr. SGB 157/2005 vom 14. Dezember 2005

## Voranschlag 2006

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe b und Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986<sup>1</sup>, §§ 20, 23 und 43 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003<sup>2</sup>, § 5 des Steuergesetzes vom 1. Dezember 1985<sup>3</sup>, § 128 Absatz 2 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978<sup>4</sup>, § 24 Absatz 2 des Strassengesetzes vom 24. September 2000<sup>5</sup>, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 6. September 2005 (RRB Nr. 2005/1841), beschliesst:

### I.

1. Der Voranschlag für das Jahr 2006 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von Fr. 1'559'119'664.--, einem Ertrag von Fr. 1'565'167'430.-- und einem operativen Ertragsüberschuss von Fr. 6'047'766.-- sowie die Ziele der Produktgruppen der Globalbudgets der Erfolgsrechnung werden genehmigt.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2006 der Investitionsrechnung mit Gesamtausgaben von Fr. 179'505'000.--, Gesamteinnahmen von Fr. 79'931'000.-- und Nettoinvestitionen von Fr. 99'574'000.-- sowie die Ziele der Produktgruppen der Globalbudgets der Investitionsrechnung werden genehmigt.
3. Im Jahre 2006 wird der Steuerfuss auf 108 % der ganzen Staatsteuer festgelegt.
4. Aus dem Ertrag der 2006 eingehenden Grundstückgewinnsteuern legen der Kanton und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden je 10 Prozent in die Spezialfinanzierung "Natur- und Heimatschutz" ein.
5. Vom Ertrag des Allgemeinen Treibstoffzollanteils werden 50 % der Spezialfinanzierung "Strassenbaufonds" und 50 % der Erfolgsrechnung zugewiesen.
6. Der Ertrag der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA wird vollumfänglich der Spezialfinanzierung "Strassenbaufonds" zugewiesen.
7. Das Eigenkapital von Spezialfinanzierungen wird nur verzinst, wenn das Gesetz eine Verzinsung ausdrücklich vorsieht.
8. Der Abschreibungssatz vom Verwaltungsvermögen wird auf 10 % und derjenige auf den Investitionen der Spezialfinanzierungen auf 100 % festgelegt.

---

<sup>1</sup> BGS 111.1  
<sup>2</sup> BGS 115.1  
<sup>3</sup> BGS 614.11  
<sup>4</sup> BGS 711.1  
<sup>5</sup> BGS 725.11

II.

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt. Der Beschluss ist im Amtsblatt zu publizieren.

Im Namen des Kantonsrates

Ruedi Lehmann

Fritz Brechbühl

Präsident

Ratssekretär

---

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

---